

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Pettzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, bei der Expedition abgegeben werden.

Nr. 57.

Donnerstag, den 7. März 1912.

19. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Der neue Reichstag und die Armee.

Von einem früheren Offizier wird uns geschrieben: Nachdem der schwarz-blaue Block keine sichere Mehrheit mehr besitzt, wird der Reichstag hoffentlich mehr freihändlerischen Zug ins Land bringen und verschiedene Sünden der früheren Mehrheit wieder gut machen. In den Sozialdemokraten wird es in dieser Hinsicht gewiß nicht fehlen.

Dringend zu wünschen wäre aber, daß auch die Armee von der neuen Situation profitieren würde.

Da sind einmal die „gemeinen“ Soldaten, die bekanntlich einer Aufbesserung ihrer Löhnung notwendig bedürfen. Die Junker und die Pfaffen verteuerten ihnen zwar das Bier, den Tabak und die Zündhölzer; aber die kleine Löhnungsaufbesserung von 22 auf 30 Pfg. pro Tag haben sie ihnen verweigert. Dafür war angeblich kein Geld da, obwohl die dazu nötige Summe im Verhältnis zu den sonstigen Ausgaben für das Heer sehr gering gewesen wäre. Auch wenn man zur Erneuerung dieser Summe annimmt, daß in der Armee ständig 750 000 Gemeine und Sekreite präsent seien — die tatsächliche Präsenzstärke ist infolge der Einberufungen, namentlich während der besseren Jahreszeit, sehr verschieden — so ergibt sich, daß die Mehrausgabe nicht über 21 900 000 Mark im Jahre ausmachen würde. Und wir glauben, daß das Volk 21 Millionen für diesen Zweck viel lieber aufbringen würde, als z. B. für die Aufbesserung der Generals- und Stabsoffizierspensionen und der Gehälter sowie gut bezahlter Offiziere und Beamter. Alle vom Staate bezahlten Personen sind in den letzten 40 Jahren in ihren Bezügen aufgebeffert worden. Ausgenommen ist nur der „gemeine“ Soldat! Da die Ritter und die Helligen für ihn kein Geld aufstreiben konnten, so wird vielleicht die Sozialdemokratie die nötige Summe finden.

Weiter liegt es im Interesse sowohl der Armee als auch des Volkes, daß endlich einmal wenigstens mit den allergrößten Zeitwidrigkeiten des Militärstrafgesetzbuches und der Beschwerdeordnung aufgeräumt wird. Hierher gehören vor allem der strenge Arrest und die mit den modernen Rechtsbegriffen unvereinbare Bestimmung, daß der Untergebene sich über eine gegen ihn verhängte Disziplinarstrafe erst dann beschweren darf, wenn er sie verbüßt hat! Beim strengen Arrest wird der Mann nicht nur mit einem sehr süßbaren Nahrungsentzug bestraft — nur am 4., 8. und von da ab jeden 3. Tag erhält er warme Kost, die übrige Zeit muß er von Wasser und Brot leben —, sondern es wird ihm auch noch das Tageslicht entzogen. Nur an den schon genannten Tagen wird ihm Licht gewährt. Eine derartige Strafe paßt überhaupt nicht mehr ins zwanzigste Jahrhundert. Sie erinnert unheimlich an die Zeiten, in denen Gefangene in finstere Kerker gesperrt wurden.

Was die Bestimmung, daß der militärische Untergebene über eine ihm zuerkannte Disziplinarstrafe erst dann Beschwerde führen darf, wenn er sie verbüßt hat, so braucht man über ihren Gegensatz zu den modernen Rechtsbegriffen kein Wort zu verlieren. Sie liefert den Untergebenen dem Vorgesetzten wehrlos aus. Was hilft es denn dem Bestraften, wenn er nach der Abbüßung einer Disziplinarstrafe die dienstliche Mitteilung erhält, daß ihm Unrecht geschehen ist? In der Hand eines harten oder eines geistig nicht normalen Vorgesetzten — es hat auch schon solche gegeben — kann die erwähnte Bestimmung, namentlich den Soldaten und auch den Unteroffizieren, zur Qual werden. Hoffentlich nimmt der neue Reichstag sie gründlich auf das Korn.

Ferner wäre eine andere Stellung der Armee im Staate dringend zu wünschen. Ihre jetzige ist von den Anschauungen aus den Tagen der Soldnerheere sehr stark beeinflusst und daher veraltet. Damals stand dem Herrscher noch der ganze Staatschatz zur Verfügung. Aus ihm bezahlte er auch die „Kerl“, die er anwerben ließ. Jetzt rekrutiert die Armee sich aber mit der allgemeinen Wehrpflicht, die Summen dafür werden — auch jene für die Generaladjutanten und die Flügeladjutanten etc. der Landesherren sind dabei — vom Reichstag aus den Mitteln der Allgemeinheit bewilligt. In den Zeiten des Absolutismus war die Armee sozusagen ein Eigentum des einschlägigen Landesherrn. Die Verhältnisse liegen noch jetzt ähnlich, nur mit dem Unterschied, daß die Potentaten der kleinen und kleineren deutschen Bundesstaaten infolge der Militärkonventionen mit Preußen nur mehr in losem Zusammenhang mit ihren Kontingenten stehen, während der Kaiser als der Herr der deutschen Armee und diese selbst fast als sein Eigen-

tum gilt. Abgesehen von der Sozialdemokratie, wagt es daher niemand in Armeeangelegenheiten hineinzureden. Und wenn es ab und zu doch einer tut, der kein „roter Teufel“ ist, so wird es ihm sofort als Mangel an Patriotismus ausgelegt. Die Armee soll aber nichts sein, als ein Zweig des ganzen Staates. Ebenso wie dieser, z. B. Eisenbahnpersonal und -material braucht, ebenso wie es Justizbehörden und -einrichtungen benötigt, bedarf er bis auf weiteres einer Armee. Warum gerade die Armee in einem besonders engen Verhältnis zum Kaiser stehen soll, ist nicht einzusehen.

Diese Sonderstellung ist für die Armee keineswegs vorteilhaft. Sie verhindert, wie schon erwähnt, eine eingreifende Kritik aus bürgerlichen Kreisen und ferner stellt sie den Hauptgrund für die Weiterexistenz des Drills vor. Es paßt ja ausgezeichnet zum Prunk und dem steifen Zeremoniell fürstlicher Höfe. Aber leider kostet es dem Volke sehr viel Geld, denn es verlängert die aktive Dienstzeit. Außerdem ist es die Ursache vieler Mißhandlungen.

So möge denn der neue Reichstag seine bessernde Hand auch an die Armee legen. Sie bedarf sie dringend, denn gerade von ihr sucht man den modernen Geist, ohne den sie auf die Dauer doch nicht existieren kann, mit allen Kräften fernzuhalten.

R. R.

Das Kapital gegen Arbeiter und Angestellte.

Se drohender die Gefahr wird, daß der Absolutismus der Zehngewaltigen im Ruhrrevier Deutschland in den schärfsten wirtschaftlichen Krieg stürzt, desto mehr rückt das Verhältnis von Arbeitern und Unternehmern im Bergbau in den Brennpunkt der Reichstagsverhandlungen. Am Mittwoch eröffnete der Generalsekretär des christlichen Gewerkevereins in Essen, Herr Behrens, den Reigen der Redner zum Etat des Reichsamts des Innern, am 7. Tage der sozialpolitischen Debatte. Die christlichen Bergarbeitervertreter sind in diesen Tagen sowohl im Reichstag, als im preussischen Landtag in einer sehr schwierigen Situation. Sie dürfen doch nicht eingestehen, daß die Zentrumspartei an der Verteuerung der Lebensmittel in höchstem Maße mitschuldig ist und damit an einer Hauptursache der ungeheuren Spannung, die über dem Industriegebiet und dem ganzen Reiche lastet; noch weniger aber dürfen diese Christen es wagen, sich dem allgemeinen ungeteilten Willen der Bergarbeiter entgegenzustellen, die von den Zehnherrn so gar jetzt noch durch die Ablehnung der Verhandlung von Organisation zu Organisation gereizt werden. So war denn die Rede des Herrn Behrens, ebenso wie die des mit knapper Not noch einmal Erwählten von Essen, des Herrn Giesberts, ein Eckstein in der Fastenzeit. Herr Behrens tanzte ihn plumper, Herr Giesberts geschickter. Aber die Bergarbeiter sind nicht in der Stimmung, Tanzleistungen zu bewundern.

Einer unserer neuen Männer, der in Kottbus gewählte Genosse Giebel nahm sich in einer gehaltvollen und gedrängten Rede zunächst der Interessen seiner engeren Berufskollegen, der Privatbeamten an, und er prägte dabei das treffende Wort, daß man viel mehr als von einem neuen Mittelstande, von einem neuen mittellosen Stande sprechen müsse. Die bloße Zitierung der empörenden Verträge, wie sie namentlich in der Großindustrie den technischen Angestellten auferlegt werden, genügt, um die Wahrheit dieses Anspruchs zu beweisen. Unser Redner polemisierte in temperamentvoller Weise gegen Herrn Delbrück, dem er u. a. vorwarf, daß er die Wohnungsreform den Gemeinden und Einzelstaaten zuschiebe, während diese sie wieder dem Reiche zu überlassen wünschen. Ein Billardspiel mit einer der wichtigsten Forderungen des Volkswohls! Dem Schrei der Konservativen nach Antigewerkschaftsgesetzen, dem auch Herr Behrens nach einem vorausgeschickten „prinzipiellen Nein“ ein freundliches Echo hatte folgen lassen, stellte Giebel die terroristischen Ausschreitungen des Scharfmachtums gegenüber, und er schloß mit der Erklärung des energischen Willens der Partei des Proletariats, diese Gesetzgebungsperiode zu einem Jahrfest der Sozialpolitik zu machen.

Der Reichsparteiler von Dörken sorgte durch die Forderung nach steuerlicher Brandstiftung der Konsumvereine für weitere Niederlagen dieser Partei des Zusammenbruchs, der Nationalliberale Rosch verteidigte seinen Hansjand gegen Srl, den junstbegeisterten Kirchenmaler aus Niederbayern, und dann kam der Vertreter von München I, der alte Schürat Kerschenskeiner, zu seiner von pädagogischen Kongressen her bekannten Rede für die Arbeitsschule. Als er mit einer weißen Kravatte und mit Skaten aus Humboldt und Hegel geschmückt die Rednerbühne erstieg, erwartete man einen Professor mehr. Der erste Teil seiner Rede bestand denn auch aus einer Folge von Selbstverständlichkeiten, mit denen der Redner

zeigte, daß auch er an der Krankheit mancher Schulführer, nämlich der geschwollenen Beweisführung, leidet. Dann aber trat der Sachmann mehr hervor, und seiner Darlegung über die Nützlichkeit der Einfügung technischer Handarbeit in den Erziehungsplan aller, auch der höheren Schulen, wird man nicht abprechen, daß sie einer Richtungslinie folgt, die das Notwendige zeigt und die auch Karl Marx bereits angedeutet hat.

Eine Rede des Polen Dombek führte wieder zum Ausgangspunkt der Debatte, zur Bergarbeiternot, zurück und darauf verlagte der Reichstag die Weiterberatung auf Donnerstag.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Was kostet der Reichstag dem deutschen Volke?

Nachdem die Reichstagswahlen für die Sozialdemokratie einen so außerordentlich günstigen Verlauf genommen haben, ist die Aufmerksamkeit der Arbeiterschaft noch mehr auf den Reichstag gerichtet, als das früher der Fall gewesen ist. Häufig hört man nun die Frage aufwerfen, wie hoch ist die Summe, die das Deutsche Reich für den Reichstag ausgeben muß. Auskunft hierüber gibt der dem Reichstag zugegangene Etat für den Reichstag auf das Rechnungsjahr 1912. Aus demselben entnehmen wir folgendes: Die Einnahmen betragen 17 566 Mk. Bemerkenswert hierbei ist, daß für die Beschäftigung des Reichstagsgebäudes 7000 Mk. in den Etat eingelegt sind. Die Zinsen aus dem Fonds, welcher aus den Eintrittsgeldern gebildet ist, betragen 6566 Mk. Die Ausgaben sollen betragen für das Jahr 1912 im ordentlichen Etat: a) fortlaufende Ausgaben 2 143 213 Mk. (ein Mehr gegenüber dem Jahre 1911 von 21 963 Mk.). Die einmaligen Ausgaben sollen, wie im Vorjahre, 21 000 Mark betragen, so daß das deutsche Volk für das Jahr 1912 für den Reichstag die Summe von 2 164 213 Mk. verausgaben muß.

Die Aufwandsentschädigungen an die Mitglieder des Reichstags betragen 1 020 000 Mk. Die übrig bleibende Summe wird verausgabt für Besoldungen, Wohnungszuschüsse der Beamten des Reichstags, für persönliche Ausgaben im Interesse des Reichstags.

Aus diesem kurzen Auszug aus dem Etat für den Reichstag für das Jahr 1912 ersieht man, daß die deutschen Steuerzahler auch in finanzieller Hinsicht ein lebhaftes Interesse am deutschen Reichstage haben.

Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetz.

Die Kommission des Reichstags, der die Vorberatung des Reichs- und Staatsangehörigkeitsgesetzes übertragen wurde, begann am Dienstag mit der Beratung des § 1, in dem ausgesprochen wird, daß die Reichsangehörigkeit durch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat erworben wird und mit deren Verlust erlischt. Dazu beantragten die Vertreter der Nationalliberalen eine Änderung, die bezweckt, an die Spitze des Gesetzes eine Umschreibung des Begriffs Deutscher zu stellen. Die Vertreter der Regierung, des Zentrums und der Konservativen hielten an der Technik des Entwurfs fest; die Vertreter der Sozialdemokraten und der Fortschrittler schlossen sich dem Grundgedanken des nationalliberalen Antrages an, schlugen aber Verbesserungen der Fassung vor. Auf Antrag der Abgg. Dr. Liebknecht, Bunk und v. Richtigshofen wurde mit Mehrheit beschlossen, den § 1 wie folgt zu fassen: „Deutscher ist 1. wer die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat besitzt, 2. wer die unmittelbare Reichsangehörigkeit besitzt.“

Im § 2 wird bestimmt, wodurch die Staatsangehörigkeit in einem Bundesstaat erworben wird. Die Abgg. Bornstein und Gen. beantragen Streichung der Ziffer 3, wonach die Staatsangehörigkeit durch Eheschließung erworben wird. Diese automatische Wirkung, so wird zur Begründung des Antrages ausgeführt, bedeute eine große Rücksichtslosigkeit gegen die Frau. Wenn man auch die verschiedene Staatsangehörigkeit von Mann und Frau mit allen Möglichkeiten vermeiden wolle, so könne man dem durch einen besonderen Paragraphen Rechnung tragen. Von nationalliberaler, fortschrittlicher und konservativer Seite wurde dieser Auffassung widersprochen. Mehrere sozialdemokratische Mitglieder führten dazu aus, auf jeden Fall müsse der Ausländerin das Recht vorbehalten bleiben, selbst zu entscheiden, ob sie die Staatsangehörigkeit ihres Mannes erwerben wolle oder nicht. Die Vertreter der bürgerlichen Fraktionen erwiderten, alle Tradition im In- und Auslande wüßte gegen den Antrag mit dem auch den Frauen ein schlechter Mann erwiesen werde. Ein Antrag Dr. Quark Frankfurt, die Abstammung auszufahren und die Regierung zuvor um eine ausführliche Darlegung der Rechtsfolgen des Antrags Bornstein zu ersuchen, wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und des Vönan abgelehnt, und darauf mit

derselben Mehrheit auch der Antrag Bernstein, die Ziffer 3 zu streichen, abgelehnt. Abgelehnt wurde ferner ein Antrag der Nationalliberalen, in Ziffer 4 statt „durch Aufnahme“ zu sagen: „durch Aufnahme des Angehörigen eines anderen Bundesstaates“ und als Ziffer 5 anzufügen: „durch Verleihung an einen Ausländer“. Dasselbe Schicksal widerfuhr einem Antrag der Fortschrittler, der sagen wollte: „4. für einen Deutschen durch Aufnahme, 5. für einen Nichtdeutschen durch Einbürgerung“. Damit war § 2 unverändert geblieben. In der Gesamtstimmung wurde der Paragraph bei mehreren Stimmhaltungen mit 8 gegen 6 Stimmen angenommen.

Im § 3 wird die Erwerbung der Staatsangehörigkeit durch Geburt näher geregelt. Eine längere Debatte rief die Frage hervor, welche Staatsangehörigkeit ein Findelkind haben soll. Ein zunächst vom Zentrum eingebrachter Antrag fand schließlich in folgender von Dr. Bunk (Fortschr.) vorgeschlagene Fassung einstimmige Annahme: „Als Absatz 2 des Artikels einzufügen: Ein Kind, dessen Familienstand nicht zu ermitteln ist (Findelkind), gilt als staatsangehörig in dem Bundesstaat, in dessen Gebiet es aufgefunden worden ist.“ Aufgeworfen wurde noch die Frage, ob nicht, wenn eine Deutsche einen staatenlosen heiratet, den Kindern die deutsche Staatsangehörigkeit gewährt werden soll. Man behielt sich die weitere Prüfung und die Aufnahme einer entsprechenden Bestimmung bis zur nächsten Sitzung (Donnerstag) vor.

Die Geschäftsordnungs-Kommission des Reichstages

begann am 6. März mit der Beratung des Abschnittes: Interpellationen.

Eine Generaldebatte wurde nicht gewünscht, aber es sollen zwei Lesungen stattfinden. Anträge lagen vor vom Abg. Gröber, von den Nationalliberalen und Fortschrittler sowie von den Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten beantragten mehr Rechte für die Minderheit und kleineren Fraktionen insofern, als sie beantragten: „Auf Verlangen von mindestens 50 Mitgliedern erfolgt die sofortige Besprechung auch dann, wenn der Reichskanzler eine bestimmte Erklärung über die Beantwortung nicht abgibt.“ Dieser Antrag wurde abgelehnt.

Zu den einzelnen Absätzen des § 32 der Geschäftsordnung wurden nach den Vorschlägen Müller und Sunk Änderungen beschlossen. Die Sitzung wurde mit den Debatten über § 32 ausgefüllt, der nach der Abstimmung folgende Fassung erhielt: „Interpellationen müssen bestimmt formuliert und von mindestens 30 Mitgliedern unterzeichnet eingereicht werden. Der Interpellation können kurze Erwägungsgründe beigefügt werden. Der Präsident legt die Interpellation auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung, teilt sie abschriftlich sofort dem Reichskanzler mit und fordert ihn in der ersten nach der Einreichung der Interpellation stattfindenden Sitzung zur Erklärung darüber auf, ob und wann er die Interpellation beantworten werde.“ Erklärt sich der Reichskanzler zur Beantwortung bereit, so wird an dem von ihm bestimmten Tage dem Interpellanten zur Begründung der Interpellation das Wort erteilt. — An die Beantwortung oder Ablehnung der Interpellation schließt sich die sofortige Besprechung, falls mindestens 50 anwesende Mitglieder dies verlangen. Mit Zustimmung des Interpellanten darf die Besprechung in einer späteren Sitzung vorgenommen werden. Bei Ablehnung der Beantwortung erhält der Interpellant zunächst das Wort. — Durch Beschluß des Reichstages kann die sofortige Besprechung auch dann zugelassen werden, wenn der Reichskanzler eine bestimmte Erklärung, ob oder wann er die Interpellation beantworten wolle, nicht abgibt oder die Frist zur Beantwortung auf mehr als zwei Wochen vom Tage ihrer Einbringung an bemißt. Die Beschlusfassung erfolgt spätestens in der nächstfolgenden dritten Sitzung.“

Für diese Fassung des § 32 stimmten alle Mitglieder mit Ausnahme der drei Konservativen.

Nichts mit der „kleinen Finanzreform“.

Das Steueramt in Co sel, N.-S., erklärte die Statuten des dortigen sozialdemokratischen Vereins für Stempelsteuerpflichtig und verlangte fünf Mark Stempelsteuer. Die Bezahlung wurde selbstverständlich verweigert und der Beschwerdeweg beschritten. Bevor jedoch die Beschwerde erledigt war, wurde der Vorsitzende des sozialdemokratischen Vereins, Genosse Kowarza, wegen der nicht bezahlten Stempelsteuer und der entstandenen Gebühren gepfändet. Der Provinzialsteuererrat fand den Stempel für berechtigt, denn seine Behörde habe sich nicht nach dem Reichsvereinsgesetz, sondern nach dem Stempelsteuergesetz zu richten. Der Finanzminister war anderer Meinung; er wies den Provinzialsteuerdirektor an, die zu Unrecht erhobenen Stempelgebühren für das sozialdemokratische Statut zurückzahlen. Mit der „kleinen Finanzreform“ ist es also nichts.

Unzufriedene Scharfmacher.

Die „Post“ ist mit dem Verhalten der Reichsregierung gegenüber der Sozialdemokratie in höchstem Maße unzufrieden. Sie wirft dem Staatssekretär Dr. Delbrück, der im Reichstag erklärt hatte, daß eine Verschärfung der bestehenden Gesetze gegen die Arbeiterbewegung nicht nötig sei, vor, daß er dem praktischen Leben ent Fremder werde und keine Maßnahmen lediglich vom grünen Tisch aus treffe. Das gesamte Unternehmertum, insbesondere das mittlere und das kleine, haben unter der Anarchie und dem Terror am empfindlichsten zu leiden. Die Haltung der Regierung widerpreche der Überzeugung der vaterländisch gesinnten Arbeiterschaft. Die „Post“ schwimmt sich dazu zu der Behauptung auf, daß die Thronrede, mit der der Reichstag eröffnet wurde, ein schärferes Vorgehen gegen die Sozialdemokratie habe erwarten lassen. Das Blatt schreibt hierzu:

„Die Thronrede zur Eröffnung des Reichstages hat an die Spitze die Aufgabe gestellt, „das feste Gefüge des Reiches und staatlicher Ordnung unverletzt zu erhalten.“ Wie reimt sich damit zusammen, daß der Staatssekretär des Innern die Heiligung jenes anarchischen Zustandes, den die verbündeten Regierungen schon vor mehr als zwei Jahrzehnten als der staatlichen Ordnung widersprechend angesehen haben, für unanständig hält?“

Der Staatssekretär Dr. Delbrück hat zweifellos damit recht, daß die jetzigen Strafbestimmungen völlig geeignet sind,

die Arbeiterbewegung mit Schikanen aller Art zu quälen. Man braucht nur die Urteile anzusehen, die bei Streiks gefällt werden, wenn es sich um die Beleidigung von Arbeitswilligen handelt, um zu erkennen, daß die Gesetzgebung in der einseitigsten Weise in den Dienst des Unternehmertums gestellt wird. Mit Scharfmachern vom Schlage der Hintermänner der „Post“ sich über derartige Dinge zu unterhalten, hat allerdings keinen Zweck, denn die Prozenpatrioten aller Grade haben nur den einen Wunsch, die Sozialdemokratie durch ein Ausnahmegesetz geknebelt zu sehen und dann ungehindert den unverschämtesten Beutezug auf die Taschen des Volkes unternehmen zu können.

Aus der Wahlprüfungskommission.

Am Mittwoch befahte sich die Kommission noch einmal mit der Wahl des Reichsverbändlers Dr. Becker. Im Wahlprotokoll wurde eine Menge Verstöße aufgeführt, die, wenn sie auch nur zum Teil erwiesen werden, zu einer Kassierung des Mandats führen müssen. Die Kommission beschloß einstimmig, die Wahl zu beanstanden und über die als beachtlich anerkannten Protestpunkte Beweis zu erheben.

Die Wahlen der Abgg. Dunajski (Pole), und Saker (N.) wurden für gültig erklärt, weil die erhobenen Einwendungen, auch wenn sie voll erwiesen würden, doch die Stimmenmehrheit der Gewählten nicht erschüttern könnten.

Verfassungs- und Wahlrechtsdebatten im sächsischen Landtage.

Zwei Anträge auf Änderung der sächsischen Verfassung standen am Dienstag im Landtage zur Beratung. Zunächst ein Antrag der Freisinnigen, der jährliche Tagungen des Landtages verlangt. Der freisinnige Abgeordnete Schwager begründete den Antrag mit der Versicherung, daß sie dadurch durchaus nicht alljährliche Sitzungsperioden verlangten. Der Minister Bittum von Eckardt lehnte ein Eingehen auf den Antrag ab. Er führte eine ganze Menge sehr fadensteiniger Gründe an, nur den einen wirklichen nicht, daß die Regierung nicht die jährliche Kontrolle des Landtages wünscht. Namens der Mehrheit seiner Fraktion sprach der national-liberale Abg. Bäckler gegen den Antrag. Er brachte zwar eine ganze Menge Material für den Antrag ein, empfahl aber dennoch seine Ablehnung. Von unserer Seite sprach Genosse Illge, der auch jährliche Sitzungsperioden wünschte. Bei der Abstimmung wurde der Antrag der Freisinnigen auf alljährliche Tagungen gegen die Stimmen der Konservativen und eines Teiles der Nationalliberalen der Reichenschaftsdeputation zur Weiterberatung überwiesen.

Nun folgte der Antrag unserer Fraktion auf Einführung des allgemeinen gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts für alle Staatsbürger vom 20. Jahre an. Genosse Fleißner begründete den Antrag; die Minister verließen mit ihren sämtlichen Regierungsräten ostentativ den Saal. Nach ihm sprach der national-liberale Abg. Nitzsche; er wandte sich gegen den Antrag und versuchte in gebundenen Redereien den Unterschied zwischen Reichstags- und Landtagswahlrecht zu begründen. Von den Konservativen sprach Schmidt-Freiberg. Er wandte sich in bekannnten Redensarten gegen das allgemeine Wahlrecht und erging sich schließlich noch in allgemeinen Angriffen gegen die Arbeiterbewegung. Nach ihm kam der freisinnige Abg. Günther zum Wort, der auch die Ablehnung des Antrags empfahl; er ging den Freisinnigen zu weit; sie wollten nicht über das Reichstagswahlrecht hinausgehen. Mit 20 Jahren sei der Staatsbürger noch nicht reif. Genosse Fräßdorf, der das Schlusswort hatte, rechnete in wirkungsvoller Weise mit den Rednern der bürgerlichen Parteien ab; der Antrag werde wiederkehren, und draußen im Lande würde das Volk schon sein Urteil fällen. Das Verlangen unserer Fraktion, den Antrag ebenfalls der Reichenschaftsdeputation zu überweisen, wurde gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten abgelehnt; der Antrag selbst wurde dann gegen die Stimmen der Sozialdemokraten ebenfalls abgelehnt.

Ueber die neuen Wehrvorlagen.

Die bereits den Bundesratsmitgliedern zugegangen sind, werden jetzt anscheinend offiziös Einzelheiten veröffentlicht. Danach werden in den nächsten Tagen die Vorlagen halbamtlich veröffentlicht. Die Flottenvorlage bringe das dritte aktive Geschwader, das gewonnen wird durch den Verzicht auf das Reserve-Flotten-Flaggschiff, weiter durch Verzicht auf die Material-Reserve und schließlich durch den Neubau von drei Linienjägern und zwei neuen Kreuzern. Die Ausgaben beginnen mit 15 Millionen und steigen in fünf Jahren auf 43 Millionen. Der Reichskanzler habe sich jetzt erst mit den Finanzministern der Einzelstaaten in Verbindung gesetzt. Die Deckungsfrage schwebt also noch vollständig im Dunkeln. — Am nächsten Sonnabend treffen, der „Köln. Zig.“ zufolge, die Minister der Einzelstaaten zu einer Konferenz mit dem Reichskanzler und dem Reichssekretär in Berlin ein.

Wahlvorbereitungen in Schwarzburg-Rudolstadt.

Die durch die Landtagsauflösung geschaffene ernste Situation hat den Landespartei Vorstand veranlaßt, auf kommenden Sonntag einen außerordentlichen Landesparteitag nach Stadtilm einzuberufen mit folgender Tagesordnung: 1. Die bevorstehende Landtagswahl. 2. Kandidatenfrage. 3. Abrechnung von den letzten Wahlen. 4. Bericht der Ortsgruppen. 5. Presse.

Das Programm des neuen bayerischen Ministeriums.

Die neue Ara begann Dienstag mit den ältesten Redensarten. Außerhalb der Tagesordnung, so daß niemand sofort antworten konnte, ergriff Herr v. Hertling das Wort zu einer längeren Programmrede. Aber die merkwürdige Vorgeschichte seines Ministeriums sagte er nichts, er begnügte sich damit, alle Gerüchte über die Herrschaft einer Nebenregierung für Phantasie zu erklären. Er betonte scharf, daß er nur das Werkzeug der unverantwortlichen Horde sei, daß in Bayern nicht parlamentarisch, sondern konstitutionell regiert werde. Das Ministerium sei kein Parteiministerium, die Minister seien keine Parteimänner. Er selbst sei allerdings Vorsitzender der Zentrums-

fraktion gewesen, aber an dem Tage, da er als Minister berufen wurde, habe er aufgehört, Zentrumsmann zu sein. „Das ging aber schnell!“ rief Bollmar unter großer Heiterkeit. Herr von Hertling hat zwar kein Parteiministerium gebildet, aber er ließ erkennen, daß er auch nicht gegen die Zentrumsmehrheit regieren wolle. Dabei versetzte Herr v. Hertling seinem Vorgänger den Gnadenstoß. Das konstitutionelle Staatsrecht — sagte er — schließe nicht aus, daß ein Ministerium gegen eine Parlamentsmehrheit zu regieren unternehme; ob aber ein solcher Versuch jemals unternommen worden sei, könne unerörtert bleiben; ein normaler Zustand sei es nicht. Wiederholt stieß von Hertling den Sammelruf aus, den er von Berlin aus mitgebracht hat. In einem monarchistischen Staate solle es keine berechtigte Partei geben, die darauf ausginge, die Monarchie abzuschaffen; eine solche Partei würde sich außerhalb der Verfassung stellen. Bei der übereinstimmenden Wertschätzung der höchsten sozialen Güter sei zu hoffen, daß die bürgerlichen Parteien sich zu gemeinsamen positiver Arbeit unter Zurückstellung aller Gegensätze zusammenfinden würden.

Herr v. Hertling will konservativ regieren, ein Wort, das in Bayern einen üblen Klang hat. Er will Kirche und Christentum als ewige Wahrheit und ewigen Wert konservieren und als Grundlage der Volkserziehung belassen. Von der Zauberformel der Entwicklung will er im Gegensatz zur reichsdeutschen Thronrede nichts wissen. Er will die Staatsautorität verteidigen, deren Träger die Beamtenschaft sei. Er ver sprach Hochachtung vor den fremden Ueberzeugung, was das Zentrum kompromittierend bejubelte zur großen Heiterkeit der Linken. In der Stellung zum Reich hat das neue Ministerium vor allem die Aufgabe, die unverminderte Finanzhoheit der Einzelstaaten zu erhalten und der Minister bezweifellos nicht, daß die jetzige Reichsleitung sich nicht auf einen solchen Rangsweg lassen werde, wo die Finanzhoheit der Einzelstaaten geschwächt werde. Das ist die Kriegserklärung des neuen bayerischen Ministeriums gegen die Absicht des Reichssekretärs, eine Reichserbschaftsteuer einzuführen, die v. Hertling schon im Jahre 1908 als Eingriff in die Finanzhoheit der Einzelstaaten bekämpft hatte. Ebenso verkündete v. Hertling Festhaltung an der Politik des Zollwuchers; er ver sprach Förderung der Landwirtschaft, der Industrie und des Mittelstandes. Kein Wort sprach er aber von Sozialpolitik und Arbeiterhoheit. Dieses feudale Zentrumsprogramm nannte v. Hertling schließlich ein Programm des Friedens. Nur da, wo wir etwa eine Erschütterung der Staatsordnung sehen würden, würde man uns in schärfster Abwehr finden. Die Programmrede fand nur beim Zentrum Beifall. Die Linke schwieg und lachte nur einige Male. Wie eine Karikatur der Rede wirkte der folgende Verlauf der Sitzung. Das Ministerium der positiven Arbeit mußte sich gleich zu Anfang unfähig erklären, positive Arbeit zu leisten. Aus diesem Grunde mußte eine Interpellation über die Elektrifizierung der Wasserkräfte verlagert werden, weil der neue Minister des Innern diesen Stoff noch nicht beherrscht und ebenso mußte zugestanden werden, daß das angekündigte Gemeindebeamtengesetz wegen Zeitmangels nicht vorgelegt wird, wogegen die Linke heftig protestierte.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Donnerstag, den 7. März.

Die Versammlung der Bürgerschaft, welche am Montag, dem 11. März 1912, abends 6 Uhr, stattfindet, hat folgende Tagesordnung zu erledigen: I. Wahl der Kommission zur Vorprüfung der Ziffer 14 der Senatsvorlage, betreffend Feststellung der im Rechnungsjahre 1912 auszuführenden Pflasterungs-, Wege- und Schararbeiten. II. Eingabe des Vereins für Frauenstimmrecht und weiterer Vereine, betr. Einführung von Pflichtfortbildungsschulen für die weiblichen gewerblichen und kaufmännischen Lehrlinge. III. Mitteilung des Senates. IV. Anträge des Senates: 1. Erlaß besonderer Bau- und Anbauvorschriften für das Strandgebiet Travemünde. 2. Erlaß eines Nachtgesetzes zu dem Gesetze vom 2. März 1903, die Erhebung einer Straßenbauabgabe betreffend. 3. Bewilligung weiterer Mittel zum Ausbau des ehemaligen St.-Annen-Klosters für Museumszwecke. 4. Etat der Verwaltungskosten des Hauptzollamtes für das Rechnungsjahr 1912. 5. Wiederholter Antrag, betreffend Verlegung der Stelle des Direktors der Erweiterschule in die Klasse C XII des Beamtenbesoldungsetztes.

Die Eingemeindung Travemündes sowie verschiedener Landgemeinden beschloß gestern wieder den Bürgerausschuß. Über das Ergebnis dieser Beratung sagt das amtliche Protokoll: Dr. G. Meyer beantragte, die Vorlage zur Vorprüfung an eine Kommission von sieben Mitgliedern zu verweisen. Niemann-Schlutup beantragte: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat die Eingemeindung der Landgemeinde Schlutup in Erwägung zu ziehen. Legtmeyer-Moising beantragte: Der Bürgerausschuß ersucht den Senat, die Eingemeindung der Landgemeinde Genin in Erwägung zu ziehen. Dr. Wittern beantragte: Der Bürgerausschuß lehnt zurzeit die Vorlage ab mit dem Ersuchen an den Senat, zu erwägen, ob nicht noch weitere Gebiete eingemeindet sind, und nach dem Abschluß der Erwägungen die Vorlage eventuell erweitert wieder einzubringen. Im weiteren Verlaufe der Beratung beantragte Dr. Wittern, die beiden von Niemann und von Legtmeyer beantragten Ersuchen, sowie seinen Antrag der anzuliehenden Kommission zur Vorprüfung mit zu überweisen. Der Bürgerausschuß nahm den Antrag von Dr. jur. G. Meyer auf kommissarische Vorprüfung der Vorlage sowie auch den von Dr. Wittern gestellten, die Aufgabe der Kommission betreffenden Antrag an und betraf in die Kommission Dr. jur. G. Meyer, Niemann, G. Reimpell, Dr. Käbler, Pielh, G. Eichenburg, Dr. Wittern.

Die Vergrößerung des Schlachthofes. Die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten hält infolge der starken Zunahme der Schlachtungen eine Vergrößerung des Schlachthofes für dringend notwendig. Der Senat beantragt deshalb bei der Bürgerschaft, daß der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten zur Erweiterung des Schlachthofes der Betrag von 289 200 Mark aus den Anleihemitteln der Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindeanstalten mit der Maßgabe zur Verfügung gestellt werde, daß zur Tilgung dieses Betrages die halben Überschüsse der Quarantäneanstalt, mindestens aber 1 1/2 Proz. des Anleihekapitals verwandt werden sollen. Der Bürgerausschuß erwies gestern den Antrag an eine fünfgliedrige Kommission, in die v. Schack, H. Eichenburg, Gumie, Schöp und Hindelbein gewählt wurden.

Siebenhunderttausend Mark Staatsgelder als Darlehen für ein privatkapitalistisches Unternehmen! Job

gendes Senatsdekret beschäftigte gestern den Bürgerausschuß: Mit Bericht vom 18. Februar 1912 hat die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefinanzen die Wichtigkeit der Errichtung eines Kühlhauses in Verbindung mit dem Schlachthof dargestellt und mitgeteilt, daß sich hier ein Konsortium zur Errichtung einer Kühlhaus-Actien-Gesellschaft gebildet hat, deren Zweck es sein wird, auf dem ihr zu vermittelnden, im städtischen Eigentum stehenden Platz südlich der Schlachthofstraße unter den im mitabgedruckten Verträge festgelegten Bedingungen ein allen Anforderungen entsprechendes Kühlhaus zu errichten und zu betreiben. Eine wesentliche Vertragsbedingung bildet die Gewährung eines mit 4 vom Hundert zu verzinsenden Darlehns von 700 000 Mk. an die Gesellschaft. Die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefinanzen hat beantragt, sie zum Abschluß des Vertrages zu ermächtigen und ihr zu seiner Durchführung 700 000 Mk. aus Anleihemitteln zur Verfügung zu stellen. Das Finanzdepartement hat die Bewilligung des Darlehns und den Abschluß des Vertrages unter der Voraussetzung, daß einige Änderungen im Vertrage vorgenommen würden, befürwortet. Nachdem das Konsortium sich mit dem vom Finanzdepartement gewünschten Vertragsänderungen einverstanden erklärt hat, ist der Senat bereit, dem Antrage der Verwaltungsbehörde zu entsprechen, und beschließt, zur Mitgenehmigung der Bürgererschaft zu stellen: daß die Verwaltungsbehörde für städtische Gemeindefinanzen ermächtigt werde, den mitabgedruckten Vertrag mit der Kühlhaus-Actien-Gesellschaft Lübeck abzuschließen und daß der Verwaltungsbehörde zur Erfüllung des Vertrages der Betrag von 700 000 Mk. aus Anleihemitteln zur Verfügung gestellt werde. Die Vorlage wurde vom Bürgerausschuß der zur Vorprüfung der Vorlage, betreffend Erweiterung des Schlachthofes, eingesetzten Kommission überwiesen.

Zum Ausbau des ehemaligen St.-Annen-Klosters für Museumszwecke fordert der Senat 28 000 Mk. Der Bürgerausschuß sprach sich gestern gutachtlich für die Bewilligung dieser Summe aus. Am Freitag mittag werden die Mitglieder der Bürgererschaft, die demnächst endgültig über die Vorlage zu entscheiden haben, das ehemalige St.-Annen-Kloster besichtigen.

3000 Mark Staatsubvention für den 50. Sängertag in Lübeck. In den Tagen vom 15. bis zum 17. Juni 1912 wird der Niedersächsischer Sängerbund den 50. Sängertag in Lübeck's Mauern abhalten. Der geschäftsführende Ausschuß des Bundes hat nunmehr um Gewährung einer Beihilfe von 3000 Mk. zu den Kosten des Festes gebeten. Der Senat ist in Würdigung der Bestrebungen des Bundes zur Pflege deutschen Sanges bereit, ihm zur feierlichen Ausgestaltung der Jubiläumssfeier eine Beihilfe zu gewähren; er hält auch im Hinblick auf den Umfang der geplanten Veranstaltung eine solche in der erbetenen Höhe von 3000 Mk. für angemessen. Er stellt demnach zur Mitgenehmigung des Bürgerausschusses: daß dem geschäftsführenden Ausschusse für das fünfzigjährige Jubiläum des Niedersächsischen Sängerbundes zu den Kosten der Abhaltung des 50. Sängertages in Lübeck eine Beihilfe in Höhe von 3000 Mk. bewilligt und daß dieser Betrag auf den Abschnitt „Nachträgliche Bewilligungen“ des Voranschlages für das Rechnungsjahr 1912 angewiesen werde. Der Bürgerausschuß erteilte gestern die beantragte Mitgenehmigung. — Ob Senat und Bürgerausschuß auch wohl bereit gewesen wären für einen Sängertag des Arbeiter-Sängerbundes Staatsmittel herzugeben? Allerdings sind die Arbeiter der Meinung, daß es vornehmer ist, wenn Leute, die Feste feiern wollen, dafür auch selbst die Mittel aufbringen.

Der Boykott der Ernestinenschule durch die tüchtigen Oberlehrer. Die Bürgererschaft hatte in ihrer Sitzung vom 20. Dezember den Senatsantrag abgelehnt, nach welchem der neuangestellte Direktor der Ernestinenschule im Gehalt mit dem Direktor des Johanneums und Katharineums gleichgestellt werden sollte. Damals suchte besonders der Schutrat die Bürgererschaft von ihrem ablehnenden Standpunkt abzubringen, mit der Behauptung, man würde zu dem im Beamtenbesoldungsetat für dieses Amt festgelegten Besoldung keinen geeigneten Mann finden. Ob es klug war, das mit besonderem Nachdruck zu betonen, sei dahingestellt. Zu verzeichnen ist jedoch die Tatsache, daß die Ernestinenschule keinen Direktor für das ausgesetzte Gehalt bekommt. Den Bürgerausschuß beschäftigte gestern ein Senatsdekret, in dem es heißt: Die Oberschulbehörde hat die Ausschreibung der Stelle mit dem bisherigen Gehalt vorgenommen. Sie hat in der Ausschreibung als wünschenswerte Fakultäten des zu ernennenden Direktors Religion, Deutsch und Geschichte genannt. Hierzu sah sie sich genötigt, da nach dem Abgang des bisherigen Direktors diese Lehrbefähigungen im Lehrerkollegium nicht mehr genügend vertreten sind, das Bedürfnis der Anstalt also die Fächer erfordert; auch hielt sie es angebracht, der schwebenden Verhandlungen über die Anerkennung der Anstalt durch die preussische Regierung für geboten, die ordnungsmäßige Besetzung der Lehrfächer, deren Nachweis von der preussischen Regierung verlangt wird, jederzeit dantun zu können. Auf die Ausschreibung sind 14 Bewerbungen von solchen Herren gekommen, die bereits Leiter von Anstalten sind. Darunter befand sich nur einer, der eine der hiesigen entsprechenden Anstalt leitet. Die übrigen sind Direktoren von Nichtvolksschulen, einige auch nur von Mittelschulen und sogar von Volksschulen. Außerdem haben sich ca. 20 auswärtige Oberlehrer beworben. Meldungen lübeckischer Oberlehrer liegen nicht vor. Unter den Bewerbern, deren Gesuche auf das genaueste geprüft sind, befinden sich nur einige wenige, die nach Maßgabe ihrer Papiere und der über sie eingezogenen Erkundigungen nach Ansicht der Oberschulbehörde den zu stellenden Anforderungen in jeder Hinsicht entsprechen und demnach für die engere Wahl in Betracht kommen könnten. Diese haben inbeisem teils schon in ihrem Gesuche, teils nachträglich — einige unter Bezugnahme auf einen Artikel in der auswärtigen Fachpresse — die Erklärung abgegeben, daß sie ihre Bemerkung nur aufrechterhalten können unter der Bedingung, daß vor der Besetzung der Stelle die Gleichstellung im Gehalt mit den Gymnasialdirektoren erfolge. Demnach hat sich die Oberschulbehörde außerhalb und gesehen, dem Senate einen geeigneten Wahlvorschlag entgegenzubringen. Mit ihr erhielt der Senat in dem Ergebnis der Ausschreibung eine Beistätigung der Befürchtungen, die ihm im verfloffenen Jahre veranlaßt haben, den Antrag auf Gehaltserhöhung für den Direktor der Ernestinenschule zu stellen, und er sieht sich daher genötigt, den von der Bürgererschaft abgelehnten und von ihm einmütigen zurückgestellten Antrag wieder aufzunehmen. Er glaubt unter den obwaltenden Umständen darauf rechnen zu können, daß auch die Bürgererschaft sich jetzt der Überzeugung nicht mehr verschließen wird, daß das jetzige Gehalt der Besetzung des Amtes mit einem in jeder Richtung geeigneten erfahrenen Bewerber unüberwindliche Schwierigkeiten entgegensetzt, indem es nicht nur hinter dem der Direktoren der anderen hiesigen Volksschulen, sondern auch hinter dem der gleichartigen preussischen Stellen zurückbleibt. Da eine baldige Besetzung der Stelle seit dem 1. Oktober v. J. erledigten Stelle des Direktors im Interesse der Schule als dringend geboten angesehen werden muß, beschließt der Senat, zur Mitgenehmigung der Bürger-

schaft zu stellen: daß die Stelle des Direktors der Ernestinenschule, und des mit ihr verbundenen Lehrerinnenseminars zum 1. April 1912 aus der Klasse CXI in die Klasse C XII des Beamtenbesoldungsetats vom 18. Februar 1911 versetzt werde. Der Bürgerausschuß erklärte sich mit 26 gegen 3 Stimmen gutachtlich für die Mitgenehmigung des Senatsantrages durch die Bürgererschaft.

Postverkehr. Die Postverwaltung macht darauf aufmerksam, daß in letzter Zeit mehrfach Postkarten bei den Ämtern eingingen, deren unterer Teil der Vorderseite zu Mitteilungen in Anspruch genommen war. Da diese Karten zunächst nicht von der Behörde beanstandet wurden, so ging ein Antrag ein, der die Benutzung der Postkarten in der beschriebenen Weise anregte. Die Reichspostverwaltung hat demgegenüber verfügt, daß eine derartige Benutzung der bestehenden Vorschriften, die sowohl in der Vollzugsordnung des Weltpostvertrages wie in der Postordnung für das Deutsche Reich enthalten sind, nicht entspricht. Es ist streng darauf zu achten, daß die Postkarten nur auf dem linken Teil der Vorderseite zu Mitteilungen benutzt werden können. Postkarten, die unvorschriftsmäßig beschrieben sind, sollen in Zukunft nicht befördert und dem Absender zurückgegeben werden. — Auch im Jahre 1912 können Privatpakete frachtfrei an die Besatzung deutscher Kriegsschiffe in Ostasien, an die Besatzung von Klauischau und an das ostasiatische Marinebataillon verandt werden. Die Pakete müssen je nach Wahl bis 18. März, 8. Mai, 8. Juli, 28. August oder 28. Oktober (Weihnachtspakete) an die Firma Matthias Rohde u. Jürgens in Bremen eingesandt sein. Die Gebühren für solche Sendungen betragen: das tarifmäßige Franko bis Bremen und das Bestellgeld in Höhe von 15 Pfg. bis 5 Kilogramm und 20 Pfg. bis 10 Kilogramm (Pakete über 10 Kilogramm werden überhaupt nicht frachtfrei befördert). Außerdem ist noch zu entrichten eine feste Gebühr von 80 Pfg. für jedes Paket zur Deckung der Vorauslagen des Expediteurs für Lagerung, Verpackung, Stempel, Weiterbeförderung, Stempel usw. Zu adressieren sind solche Sendungen an: Matthias Rohde u. Jürgens in Bremen (für den Matrosen R. R. auf S. M. S. Panther usw.). — Die Postbriefkasten werden häufig zum Einlegen größerer Mengen von Drucksachen und langen Briefen benutzt. Derartige Massen fallen aber die Briefkasten so an, daß sie für die gewöhnlichen Briefe, für die die Kasten in erster Linie bestimmt sind, nicht mehr ausreichen; auch besteht dann die Gefahr, daß die zuletzt eingelegten Sendungen von unbefugter Hand vom Einwurf aus herausgezogen und entwendet werden, wie es letzter schon wiederholt vorgekommen ist. Es empfiehlt sich deshalb im allgemeinen Interesse, größere Mengen von Briefsendungen immer bei der nächstgelegenen Postanstalt abgeben zu lassen.

Anzeigepflichtige Krankheiten wurden dem hiesigen Medizinalamt im Monat Februar in 172 Fällen gemeldet: davon betrafen 58 Fälle (1 tödlich verlaufen) Masern, 47 Typhus (2 tödlich), 44 Diphtherie (2 tödlich), 28 Scharlach und 2 Granulose.

Arbeiterunfall. Einen bedauerlichen Unfall erlitt der Klempner Wegner gestern mittag kurz vor 12 Uhr in der Werkstatt von Thode u. Sohn, Fischergrube. Beim Bolieren an der Drehbank wurde ihm der Daumen der rechten Hand vollständig abgerissen. Wegner mußte sofort ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen.

Verhafteter Sittenverbrecher. Wie erst jetzt bekannt wird, wurde am 29. Februar der Hausdiener Fleischer in Haft genommen, der gewöhnlich des Mittags kurz nach 1 Uhr in den Anlagen vor dem Haupttor sich an die aus der Schule heimkehrenden Mädchen heranmachte und sich auch an verschiedenen derselben unzüchtig vergangen haben soll.

Arbeiter, Parteigenossen!

Erwerbt

das lübeckische Bürgerrecht!

Gegen die Verwüstung der Natur!

Raum haben sich an Bäumen und Sträuchern die ersten Blattläuse hervorgezwängt, da steht man auch schon vielfach Leute, besonders Damen, mit abgerissenen Zweigen, die oft zu ganzen Büscheln zusammengeballt sind, von Spaziergängen zurückkommen. Wer den Weg verfolgt, den solche „Naturfreunde“ gegangen sind, wird bald an Stellen kommen, wo die mit dem ersten Frühjahrsgrün geschmückten Bäume und Sträucher in barbarischer Weise geplündert sind. Namentlich die Weidenbäume haben unter dieser Zerstörungsmut zu leiden. Ihre wie Seide glänzenden „Rädchen“ bilden einen vielbegehrten Zimmerschmuck, der aber sehr vergänglich ist. Denn die Blättchen und Blüten fangen bald an zu welken und fallen ab. Meist entspringt wohl auch das Abreißen und Heimtschleppen der Zweige gar keiner wirklichen Freude an der Natur, sondern einer üblen Angewohnheit, die ausgerottet zu werden verdient.

In manchen Gegenden gehen jetzt die Behörden energisch gegen den Unfug vor, indem sie das Abreißen von Zweigen als Felddiebstahl bestrafen. Das läßt sich insofern rechtfertigen, als die in vollem Saft stehenden Bäume und Sträucher durch das Abreißen der Zweige zweifellos in ihrer Entwicklung erheblich geschädigt werden. Aber besser als derartige scharfe Vorgehen der Behörden wäre es, wenn das Publikum selbst im eigenen Interesse Front machte gegen die sinnlose Verwüstung der Natur im Frühjahr. Was würde von der ganzen Landschaft übrig bleiben, wenn jeder Spaziergänger ein Bündel abgerissener Zweige mit nach Hause schleppte? Darum, Hände weg vom sprossenden Baum und Strauch, und dafür Augen auf für die Schönheit der unverkürzten, unverfälschten Natur!

pb. Entwendete Baumaterialien. Von dem Bauplatz bei der Heilanstalt Strecknitz sind folgende Materialien abhandengekommen und vermutlich gestohlen worden: 25 bis 30 neue, 4,80 Meter lange Latten und 12 verschiedene 5 bis 6 Meter lange neue Bretter, darunter einige Gerüstbretter.

pb. Unterschlagung. Festgenommen wurde ein Buchhalter, der sich in Schlutup der Unterschlagung zum Nachteil eines Räumerebesizers schuldig gemacht hat.

pb. Ein schlechter Kollege. Ein zugereister Kellner, der sich des Betruges zum Nachteil eines Kollegen schuldig machte, wurde festgenommen.

Hansa-Theater. Wie uns aus dem Bureau des Hansa-Theaters mitgeteilt wird, gelangt am kommenden Sonntagabend das Ausstattungsstück „Krone und Keisel“ zur Aufführung. Direktor Goldbach spielt die Hauptrolle.

Stadthallen-Theater. Man schreibt uns: Sonnabend, abends 8 Uhr, findet eine Aufführung des erfolgreichen Dramas „Lantre der Marr“ von Ernsthardt statt.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Freitag kommt die reizvolle Operette „Boccaccio“ von Suppé mit der Sopranistin Frieda Schreiber als Gast in der Titelrolle zur Wiederholung. Am Sonntag, abends 7 Uhr, findet das erste Gastspiel des Kammerführers Heinrich Rote statt und zwar als „Stiegfried“ in Richard Wagners gleichnamigem Musikdrama. Am Sonntag nachmittag 3 Uhr gelangt als 6. Volks-Vorstellung, jeder Platz 50 Pfg., das Lustspiel „Doktor Klaus“ von Adolf Arronge zur Aufführung. Die Auslösung der Billets findet morgen, Freitag, und Sonnabend, von 8 bis 9 Uhr abends, an der Theaterkasse statt.

Schwartau. Die diese Woche fällige Sprechstunde des Arbeitersekretariats fällt umständlicher aus.

Schlutup. Die diese Woche fällige Sprechstunde des Arbeitersekretariats fällt umständlicher aus.

Hamburg. Das Ende eines Streikbrecheragenten. In einer Einbruchangelegenheit erließ der Untersuchungsrichter einen Haftbefehl gegen den Ciffstraße Nr. 17 wohnenden früheren Agenten M. G. Sturm, der sich mit der Herbeischaffung von Arbeitswilligen befaßte. St. erschien dringend verdächtig, sich bei einem Einbruch beteiligt oder den Täter selbst zum Einbruch verleitet zu haben, weshalb erst eine Hausdurchsuchung in seiner Wohnung abgehalten werden und falls diese Beweismaterial ergeben würde, seine sofortige Festnahme erfolgen sollte. Da die Durchsuchung der Wohnung genügend Überführungsmaterial erbrachte, schritt der Beamte zur Verhaftung des Agenten, der darum ersuchte, sich erst völlig ankleiden zu dürfen, was ihm natürlich gestattet wurde. St. lief aber plötzlich in die Küche und schob, ehe es der Beamte verhindern konnte, sich eine Kugel in die rechte Schläfe. St. starb auf der Stelle.

Hamburg. Die Verwendung der Neuen-gamm-erdgasquelle nimmt jetzt für den hamburgischen Staat bestimmte Gestalt an. Die über die Verwendung des Gases angestellten Ermittlungen haben ergeben, daß sich zwar die Mengen des in der Erde vorhandenen Gases nicht feststellen lassen, daß man also die Dauer des Fließens der Quelle nicht angeben kann, daß aber immerhin nach den bei den Erdgasquellen in Nordamerika und Siebenbürgen gemachten Erfahrungen mit Rücksicht auf den unvermindert hoch bleibenden Druck der Quelle damit zu rechnen ist, daß sie auf Jahre hinaus erhebliche Mengen Erdgas fördern wird. Dieses Erdgas soll nun mittels einer Rohrleitung bis zu den Gasbehältern der hamburgischen Gasanstalten geleitet und dem dort erzeugten Kogelengas zugeführt werden. Eine von der Deputation für das Beleuchtungs-wesen angestellte Verrechnung hat ergeben, daß selbst, wenn die Gasquelle nur wenige Jahre ergiebig sein sollte, sich aus einer solchen Verwendung ein erheblicher Nutzen ziehen lassen würde. Außerdem soll das Gas zur Speisung von Lokomotiven dienen, die an Ort und Stelle ein kleines Elektrizitätswerk treiben sollen. Der dort erzeugte Strom soll zu den Grundwasserbohrungen geleitet und für Pumpversuche von längerer Dauer verwendet werden. Demnach ist zu erwarten, daß der hamburgische Staat aus diesem Naturgeschenk einen erheblichen Nutzen ziehen wird.

Glückstadt. Die rote Fahne im Leichenzuge. Am 30. Juli 1911 wurde in Glückstadt ein verstorbenes Mitglied des Sozialdemokratischen Vereins zu Grabe getragen. Mitglieder des Vereins folgten dem Leichenzuge. Der Vorsitzende des Vereins, der Arbeiter Karl Schulze, ging an der Spitze der Vereinsmitglieder mit der roten Parteifahne. Er erhielt eine Anklage wegen Übertretung des Reichsvereinsgesetzes, wurde aber vom Glückstädter Schöffengericht freigesprochen. Auf eingelegte Berufung der Staatsanwaltschaft hob aber die Altonaer Strafkammer das Urteil auf und verurteilte Schulze zu 30 Mk. Geldstrafe oder sechs Tagen Haft. In der Urteilsbegründung hieß es, daß es wohl in Glückstadt üblich sei, daß sämtliche Vereine, beispielsweise Feuerwehr, Kriegerverein usw., bei Leichenbegängnissen ihre Fahne mitzuführen, bei politischen Vereinen sei das aber nicht üblich. Die Beweisaufnahme habe auch ergeben, daß politisch anders gesinnte Einwohner der Stadt an dem Leichenbegängnis Anstoß genommen hätten. Das Leichenbegängnis sei deshalb als ein außergewöhnliches anzusehen, auch sei es eine politische Demonstration gewesen, denn die rote Fahne sei nur zur Demonstration mitgeführt worden. Der Angeklagte sei deshalb als Leiter und Veranstalter des außergewöhnlichen Leichenbegängnisses zu bestrafen, weil er die politische Genehmigung nicht nachgesucht habe. Schulze legte gegen das Urteil Revision beim Oberlandeberger Gericht in Kiel ein. Dieses hob am Sonnabend das Urteil der Altonaer Strafkammer auf und sprach den Angeklagten frei. Der Senat sagte in seiner Urteilsbegründung, daß, wenn — wie der Vorderrichter festgestellt habe — es in Glückstadt üblich sei, daß die Vereine bei Leichenbegängnissen die Fahne mitzuführen, die politische Tendenz des Vereins für die äußere Form des Leichenbegängnisses ohne Belang sei. Auch die Auslegung des Begriffs „politische Demonstration“ sei vom Vorderrichter nicht richtig erfolgt. Die Absicht der politischen Demonstration müsse nach außen hin hervortreten. Lediglich die Beteiligung des Sozialdemokratischen Vereins und das Mitführen der roten Fahne sei noch keine politische Demonstration. Das Leichenbegängnis sei deshalb ein gewöhnliches gewesen, für das keine politische Genehmigung erforderlich war. Deshalb müsse Freisprechung erfolgen.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Haben die Gemeindevorsteher keine Sprechstunden?
Am 1. März wollte ich mir durch meine 17jährige Tochter vom Gemeindevorsteher in Dummerdorf eine Unfallrentenaufteilung abtempeln lassen. Als meine Tochter in der Wohnung des Gemeindevorstehers kam, wurde ihr mitgeteilt, daß derselbe sich in der nahegelegenen Gastwirtschaft befände. Meine Tochter begab sich nun auch in die Wirtschaft, wo sie den Gesuchten in Gemeinschaft mit dem Agrarier Ehlers antraf. Als die Bitte meiner Tochter dem Gemeindevorsteher vorgetragen war, legte Ehlers ohne jeden Grund los. Er meinte, der Gemeindevorsteher sei doch nicht anderer Leute Narr; das Mädchen könne am andern Tage wiederkommen und was dergleichen Redensarten mehr waren. Der Gemeindevorsteher ließ sich jedoch nicht abhalten; er ging mit meiner Tochter nach seinem Hause und erfüllte deren Wunsch. Auf die durchaus berechtigte Frage meiner Tochter, wann der Gemeindevorsteher denn eigentlich Sprechstunden habe, da sie keine Lust hätte, sich von andern Leuten so behandeln zu lassen, erhielt sie keine Antwort. Es ist nach meiner Meinung dringend notwendig, daß die Gemeindevorsteher bestimmte Sprechstunden einrichten, damit sie dann auch im Hause anzutreffen sind. W.

Verantwortlich für die Rubrik Lübeck und Nachbargemeinden und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig für den gesamten übrigen Inhalt Johannes Steiling Verleger: L. H. Schmarz, Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Für die überaus vielen schönen
Geschenke und Aufmerksamkeiten an-
lässlich unserer silbernen Hochzeit
sagen auf diesem Wege allen lieben
Verwandten und Bekannten unsern
herzlichsten Dank.

August Meier und Frau,
Altenhofstraße 18.

Logis zu vermieten
Deppenau 24.

Flotte Herren-Mäntel-Anzüge
billig zu vermieten
Wackenburg 41.

Eine Frau sucht Beschäftigung
in Kontorarbeiten, am liebsten nach
6 Uhr abends.

Off. u. S 100 an die Exp. d. Bl.
Zu verkaufen eine einricht. Bett-
stelle mit Sprungfedermatratze, Br.
9 Mt. Friedenstr. 65.

Magnum-bonum-Pflanzkartoffeln
und eine pr. Edeltonne billig zu
verkaufen Segebergstr. 25, II.

Ein Sitz- u. Liegewagen
billig zu verkaufen
Rosenstraße 8, Winterh. pt.

Fast neuer brauner Kinderwagen
mit Schußblech und Gummireifen
zu verkaufen Ludwigsstr. 61, pt.

Halbstiefel, wasserdicht, für 10
Mark zu verkaufen
Sadowastr. 11 a. pt.

Zu verkaufen ein guterhaltener
Sitz- und Liegewagen
Augustenstraße 13 a.

Kanarienhahn (20 Mark), ein
Weibchen und Heckbauer sportbillig
zu verkaufen
Düppelstraße 21, I.

**Gut gedüngtes
Kartoffelland**

hat zu verpachten, □-Rute 50 Pfg.
Callies, Wesloc.

Tägl. frische Bäckwaren
u. w.

Heinrichstr. Nr. 6
Verkauf auf der Diele.

**Schuhwarenlager
Heinr. Beckmann**

Reiferstraße 3.
Empfehle neu eingetroffene
Herren-, Damen- u.
Kinderstiefel

zu billigen Preisen. Gr. Auswahl in
Konfirmanden-Stiefel, eine Partie
Damen-Schulstiefel, passend für
Konfirmanden.

Chevreau mit. Gr. 96-42 4,75 M.
Vorkauf . . . Gr. 96-42 6,75 M.
Klebstände und Einzelpaare in
genügender Auswahl zu Einkaufs-
preisen.

Die Arbeiter-Garderoben
aus dem Spezial-Geschäft von
Lübeck **Otto Albers** Kohnh.
Markt 4 **10**

sind vorteilhaft bekannt durch
gute Verarbeitung u. sehr billige
Preise. U. a.:

Lederhosen . . . 2,20-6,45
Maurerhosen . . . 2,60-6,75
Schlosserhosen . . . 1,88-5,25
Abergiehhosen . . . 1,08-2,35
Zwirn-Hosen . . . 1,68-3,25

Leinene Jacken, schräge u. gerade,
1,28, Rajen, Hemden, Schlachter-
jacken, Freizeithosen, Maletmäntel
erstaunlich billig. Mützen von 30
Pfg. bis 1,88 Mf. Note Lubeca.

Gabe zur
1000 Pfund Kartoffeln
(Magnum bonum) zu verkaufen.
Fritz Kahl, Henefeld.
Schmorstraße 22.

Kartoffeln.
Ia. Magnum bonum heute ab
Waggon billigst.
L. Jacobsen Nachf.
C. Heese, Meierstr. 26, T. 1440

Perfekte Schneiderin
empfehl. sich Kottwischstr. 49, pt.

Die Sozialdemokratie

u. die Wahlen zum deutschen Reichstag

Preis 1 Mark.
Friedr. Meyer & Co., Johannisstr. 46.



**Knorr-
Hafermehl**

ist als Nähr- und Kräftigungs-
mittel von erstaunlicher Wir-
kung, weil ein wissenschaftlich
erprobtes Fabrikationsverfahren
in unübertrefflicher Weise die
Nährstoffe aufschließt.

Lüb. Genossenschafts-Bäckerei
E. G. m. b. H.

Ordentliche
General-Versammlung

am Freitag, dem 8. März 1912
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tages-Ordnung:

1. Geschäfts- und Kassenbericht vom Jahre 1911.
2. Berichterstattung des Aufsichtsrats über die vorgenom-
menen Revisionen und Entlastung des Vorstandes.
3. Neuwahl von zwei Aufsichtsratsmitgliedern.
4. Verteilung des Reingewinns.
5. Abänderung der §§ 25 Absatz 2 und 36 Absatz 4 des
Statuts.

An dieser Versammlung dürfen nur Mit-
glieder teilnehmen, die sich durch Anteil-
scheine legitimieren müssen.

Lübecker Genossenschafts-Bäckerei e. G. m. b. H.
P. Pape. J. Böger.

NB. Die Bilanz sowie die Jahresrechnung liegen vom Freitag,
dem 1. März 1912, bis 8. März 1912 zur Einsicht der Genossen im Ge-
schäftslokal, Döpperweg 65, aus.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Mitgliedschaft Lübeck.

Ausserordentliche
Mitglieder-Versammlung

am Freitag, dem 8. März 1912
abends 8 1/2 Uhr
im Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Tagesordnung:
Fortsetzung der Beratung der Anträge
zum Verbandstag.

Zahlreiches Erscheinen der Kollegen erwartet
Der Vorstand.

Waisenhof **Ball der Bedienung**
verbunden mit Kappenfest

am Freitag, dem 8. März 1912.
Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pfg. Die Bedienung.

Mit dem heutigen Tage eröffnet
Sadowastr. 36

eine
Niederlage der Bäckerei
und Konditorei

von Ant. Böckler
verbunden mit

Butter-, Bier-, Kartoffeln- u.
Brennmaterialien-Handlung.

Um gütigen Zuspruch bittet
hochachtungsvoll

Paul Techel.
Arb.-Radfahrer-Verein
Schönböcken.

Einladung zum
Kappenfest

am Sonntag, d. 10. März 1912
im Lokale Steinerer Baum.

Anfang 6 Uhr.
Eintritt für Herren 1 Mt.
Damen frei.

Die umliegenden Bundesvereine
sind freundlichst eingeladen.

Gasthof Kl.-Mühlen.
Theater

Sonnabend, den 9. März,
abends 8 Uhr:

Hasemanns Töchter.

**Kalnbergs
UNIVERSUM.**

Heute: Auftreten von
Heinr. Kalnberg

„Zu hoch hinaus“
u. 22 Programmnummern

Beg. präz. 8 Uhr. Ende 12 Uhr.
Entree 20 Pfg.

Hansa-Theater

Dir.: Reinh. Gollbach.
Tel. 610. Tel. 610.

Täglich:
Gastspiel

Gollbach-Ensemble
Die rote Mühle

Le Moulin rouge.

Aus dem Apachenleben v. Paris.
Mit glänzenden Ausstattungen.
Vorverkauf bei Sager u. Nie-
meyer, Bazarren-Geschäfte.

Neues Stadttheater.

Donnerstag, 7. März. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 145. Donnerstag-Ab. 25.

Eugen Onegin.

Große Oper von Tschaikowsky.
Freitag, 8. März. 7 1/2 Uhr.
Voll-Ab. 146. Freitag-Ab. 24.

Gewöhnliche Opern-Preise.
Gastspiel der Hofopernsängerin

Frieda Schreiber
vom Hoftheater in Schwerin.

Boccaccio.

Romische Oper von Suppé.
Sonnabend, 9. März. 7 Uhr.
Voll-Ab. 147. Außer Sonnab.-Ab.

Erhöhte Preise.
Gastspiel des Kgl.
Bayr. Kammerjägers

Heinrich Knot
von der Kgl. Hofoper in München

Siegfried.

Musikdrama von R. Wagner.
„Siegfried“ Heinrich Knot a. G.
Sonntag, 10. März. Nachm. 3 Uhr.
6. Volksvorst. Jeder Pl. 50 Pfg.

Doktor Klaus.

Luftspiel von Ad. Carron.
Vorverkauf der Billets für diese
Volksvorst. Freitag u. Sonnabend
je 8-9 Uhr abends a. d. Theaterkasse.
Alle Plätze werden ausgelost.

Sonntag, 10. März. Abds. 7 1/2 Uhr.
Mittelpreise.

Robert und Bertram

oder: Die lustigen Bagabunden.
Große Gesangsposse von Raeder.
Hierzu: Gesangs-Einlagen
der Opern-Mitglieder Herren Pistori,
Kollwitz, Langefeld, Frl. Widhalm,
Frl. Mara, Frl. Jansen
und Ballett-Einlage.

Stadthallentheater.
Sonnabend, den 9. März. 8 Uhr.
Tantris der Narr.
Drama von Ernst Gardt.
Vorverkauf täglich in den bekanntesten
Stellen bei Nagel, Markt 14, und
Red. Kohlmarkt 13.

Die Fraktionsbilder
der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten

sind heute eingetroffen und können die besten Bilder abgeholt werden.
Auswärtige Besteller wollen den Betrag von 60 Pfg. inkl. Porto vorher
in Briefmarken an uns einsenden, da Nachnahmesendung beträchtlich teurer
Preis 50 Pfg.

Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46

Das Einrahmen der Bilder wird auf Wunsch ebenfalls durch unsere Buch-
handlung bewerkstelligt und stehen verschiedene Rahmen zur Ansicht aus.

Ein wertvolles Buch für jedermann ist

Der Ratgeber
für das praktische Leben.

Hand- und Nachschlagebuch für alle
Angelegenheiten; praktischer Hausarzt
und Rezeptbuch nebst einem Anhang
enthaltend: Wörterbuch der neuen Recht-
schreibung, Zinsberechnungs- u. andere
Tabellen. — 1200 Illustrationen und
Kunstbeilagen.

Preis dieses 1200 Seiten starken Werkes 2,75 Mk.
nach auswärts 50 Pfg. Porto zu.

Zu beziehen durch die
Buchhandlung von Fr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Kürschners
Deutscher Reichstag von 1912

mit Biographien und Porträts aller 397 Abgeordneten.

Preis 60 Pfg.

Zu beziehen durch die Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
und deren Kolporteurs.

Wohin kommt die Liebesgabe?

Der Reichstagsabgeordnete und Spirituszentraldirektor Kretsch hat kürzlich in der Generalversammlung des Vereins deutscher Spiritusfabrikanten darauf hingewiesen, daß die landwirtschaftlichen Brennereibesitzer an der Liebesgabe absolut kein Interesse hätten! Er sagte unter anderem, die Liebesgabe sei nur für die süddeutschen und die kleinen Brenner eine Notwendigkeit, die Ostelbier verlangten sogar ihre Beseitigung! Ja, und warum fordert man sie nicht dort, wo ihre Beseitigung möglich wäre, nämlich im Reichstag? Kretsch gab darauf die Antwort als er feierlich erklärte: „Es wäre eine Verleugnung des genossenschaftlichen Geistes, wenn die Ostelbier, lediglich um sich von dem Stigma der Liebesgabenschulden zu befreien, ihre Gewerdegossen in Mittel- und Süddeutschland der irreführenden Volkswut als Opfer vorwerfen wollten.“

Prüfen wir das Opfer der Ostelbier einmal etwas näher.

Die Alkoholherstellung erfolgt heute in Deutschland vor allem aus Kartoffeln, dann auch aus Getreide, Melasse und Obst, daneben noch aus einigen anderen Produkten, diese Erzeugung ist aber bedeutungslos.

Von den 1909-10 erzeugten 3,6 Millionen Hektoliter Alkohol wurden 2,92 Millionen Hektoliter in Kartoffelbrennereien erzeugt, dazu kamen dann noch 590 000 Hektoliter aus Getreide-, 73 000 Hektoliter aus Melasse- und 30 000 Hektoliter aus Obstbrennereien. Der Rest verteilt sich auf die belanglosen Brennereimethoden.

Der größten Teil der Liebesgabe, 1 860 462 (Kontingente der Kartoffelbrennereien) mal 20 Mark, verfiel also die Kartoffelbrennereien. Nach Kretsch's Behauptungen muß jeder normale Mensch annehmen, daß die Mehrzahl der rund 6000 deutschen Kartoffelbrennereien in Süddeutschland liegt. Dem ist aber garnicht so! Von allen Brennkartoffeln werden alljährlich 90 bis 95 Prozent in den östlichen Provinzen Preußens und in Mecklenburg, Rönigreich Sachsen und Anhalt verbraucht. Bayern, Württemberg, Baden, Hessen und Elsaß-Lothringen begnügen sich mit dem Rest!

Es steht also statistisch fest — es sind die amtlichen Zahlen! — daß der allergrößte Teil der Liebesgabe jedes Jahr den östlichen Kartoffelbrennern zufällt! Was auf der Generalversammlung des Vereins deutscher Spiritusfabrikanten gesagt wurde, ist eitel Schamschäuferei, und noch mehr, es ist ganz aufgelegter Schwindel!

Prüfen wir aber einmal noch weiter, und sehen wir nach, ob der landwirtschaftliche, der gewerbliche oder der kleinwirtschaftliche Brennereibetrieb — der im besonderen in Süddeutschland blüht — die größten Liebesgabenbeträge bekommt. Wir machen dies im besonderen deswegen, weil vielleicht der brave Kretsch gemeint hat, der gewerbliche, und nicht der landwirtschaftliche Brennereibetrieb stecke die größten Geldsummen ein.

Landwirtschaftliche Kartoffel- und Getreidebrennereien bestanden 1909/10 in ganz Deutschland 13 170, sie brauten 3 184 000 Hektoliter Alkohol, sie erhielten rund 40,8 Millionen Mark Liebesgabe!

Gewerbliche Brennereibetriebe erhielten 2,7 Millionen Mark Liebesgabe!

Melassebrennereien erhielten 1 500 000 Mk. Liebesgabe und die 53 000 Obstbrennereien mit ihrer Gesamtproduktion von 37 000 Hektoliter, bekamen zusammen ganze 1 616 660 Mark Liebesgabe! Jede Brenner 3 Mk.!

Also stellen wir fest: Kretsch behauptete unter dem stürmischen Beifall seiner Gesinnungsgenossen die Liebesgabe käme nur den süddeutschen Brennern zugute, das ist nicht wahr, denn die rund 3 Millionen Hektoliter Kartoffelalkohol werden fast ausschließlich im nördlichen, resp. östlichen Deutschland gebraut!

Kretsch behauptete, die Liebesgabe käme in erster Linie den kleinen Brennereien zugute, auch das ist nicht wahr, denn die 53 000 kleinen Obstbrennereien — Brennereien überhaupt gibt es 67 000 — erhielten 1909 bis 1910 nur 1 616 660 Mk. Liebesgabe von insgesamt fünfundsiebenzig Millionen! So steht es mit den Redensarten Kretschs in Wirklichkeit aus!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“

Berlin, den 6. März 1912.

21. Sitzung, Nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Dr. Delbrück.

Stat des Reichsanwalts des Innern.

7. Tag der Generaldebatte.

Behrens (Wg.): Die Resolutionen sollten, soweit sie Initiativanträge enthalten, nach Materien zusammengefaßt und bestimmten Kommissionen überwiesen werden. Aus den Ausführungen des Staatssekretärs hörte man immer nur das Nein! Die Sozialdemokraten bezeichnen unsere Sozialreform als kleine Abschlagszahlungen, verlangen aber selbst solche. (Zuruf bei den Soz.: Die Sie ablehnen!) Nein, wenn sie vernünftig sind, nicht. (Lachen bei den Soz.) Abgeordneter Sachse macht für die schwere Lage der Textilindustrie unsere Wirtschaftspolitik und auch noch ein paar Junfer verantwortlich. Das ist falsch und irreführend. (Beifall rechts.) Aus seinen sachlich berechtigten Ausführungen gegen die Peranziehung ausländischer Arbeiter hat er nicht die Konsequenzen gezogen. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Wiefo denn nicht?) Er hätte nicht bloß auf die Arbeitgeber schimpfen sollen. (Lachen bei den Soz.) Eine allgemeine Syndikatsgesetzgebung halte ich für dringend notwendig. In dem neuen Zolltarif sollte eine Bestimmung aufgenommen werden, wonach in den Fällen, wo ein Syndikat seine Macht mißbraucht, eine Herabsetzung des Zollsatzes eintreten kann. Die Gesetzgebung muß in den syndikalisierten Industrien auch einen Einfluß auf Lohnhöhe und Arbeitszeit haben. Wir stimmen den Resolutionen zu, die eine Förderung der inneren Kolonisation bezwecken. Auch die Gewerkschaften der äußersten Linken sollten dieser Tätigkeit mehr Beachtung schenken, die die günstigste Lösung des Arbeitslosen-Problems verspricht. Trotz der vielen Verbesserungen, die die Reichsversicherungsgesetzgebung gebracht hat, sollten die Rentenansprüche auch auf die Fälle ausgedehnt werden, in denen Invalidität oder Tod schon vor dem 1. Januar d. J. eingetreten sind. Der preussische Fiskus hat durch kleine Anwendung der Versicherungsbestimmungen in seinen Betrieben bei den Arbeitern Mißmut erregt. Da jetzt erfreulicherweise ein erheblicher Überschub zu verzeichnen ist, so kann die Regierung weitergehende Wünsche in der Versicherungsordnung nicht mehr ablehnen. Die Motive der konservativen Resolution, betreffend den gesetzlichen Arbeitsschutz, verstehe ich. Der Unmut gegen den Ter-

rorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften findet darin seinen Ausdruck. Wir werden aber dagegen stimmen, weil diese Maßnahmen auch andere Gewerkschaften schädigen würden. Fällt diese Resolution aber nicht, so trägt die Verantwortung die Sozialdemokratie. (O, ol bei den Soz., Beifall rechts und im Ztr.) Wir fordern eine Ausgestaltung des Einigungsweins. Was ist bisher vom Reichsamt des Innern geschehen, um der drohenden Schmelzausdehnung und dem Lohnkampf im Bergbau vorzubeugen? Dem christlichen Bergarbeiterverband sind wegen seiner Haltung bei der jetzigen Lohnbewegung viele ungerechtfertigte Vorwürfe gemacht worden. Tatsächlich sind im Saarrevier auf den fiskalischen Gruben die Löhne zu niedrig, und es besteht ein vorläufiges Strafsystem. Gewiß ist auch im Ruhrrevier eine gewisse Erregung unter den Arbeitern vorhanden. Die sozialdemokratische Presse führt aber im Ruhrrevier eine unverantwortlich aufreizende Sprache. Die Bundesstaaten sollten den Wünschen der Bergarbeiter mehr Beachtung schenken.

v. Derjen (Wpt.) tritt für eine stärkere Besteuerung der Konsumvereine und eine Einschränkung der Wanderlager im Interesse des Mittelstandes ein.

Glebel (Soz.): Zwischen den Ausführungen des Abg. Behrens und den Veröffentlichungen der Zentrumspresse, sowie der christlichen Arbeiterbewegung bestehen schwere Widersprüche. Nach Herrn Behrens sollen sich die Arbeiter aus nationalwirtschaftlichen Gründen nicht an Sympathiestreiks beteiligen. Es handelt sich aber garnicht um einen solchen. Die englischen Bergarbeiter haben festgestellt, daß ihnen garnichts an Sympathiestreiks in Nachbarländern liegt und mein Parteigenosse Hue hat sich im Sinne der englischen, sowie der deutschen Bergarbeiter gegen einen Sympathiestreik ausgesprochen. Während Herr Behrens die Zeichenbefreiung bereit sieht, Lohnzulagen zu gewähren, schreibt die „Kölnische Volkszeitung“ vom 6. Februar, daß nach der Haltung des Zeichenverbandes nicht anzunehmen sei, daß eine allgemeine Lohnhöhung durchgeführt werde. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Parteien, die jetzt so fleißig für Sozialpolitik eintreten, haben wiederholt bewiesen, wie wenig sie bereit sind, ihre Vorurteile zu halten. Herr Dertel will keine Einschränkung des Koalitionsrechtes, sondern nur ein bißchen Schutz der Arbeitswilligen! Aber für dieses harmlose Gut fehlt es an der genügenden Leichtgläubigkeit. Staatssekretär Delbrück hat die Konzentrierung der Industrie festgestellt, aber nicht den notwendigen Schluß gezogen, daß nun eingetreten werden müsse für die Tausende von Angestellten, die durch diese Entwicklung ihre Menschenrechte verloren haben. Die Wohnungsreform verweist er an die Kommunen und Bundesstaaten, diese verweisen sie wieder an das Reich! Wenn der Staatssekretär so energisch bestritt, daß ein Stillstand in der Sozialpolitik eingetreten sei, so ist das ein Erfolg der antreibenden Arbeit der Sozialdemokratie, die der bürgerlichen Gesellschaft das soziale Gerüst geschaffen hat. Das Kapital ist durch die Arbeitsleistung der Millionen von Arbeitern und Angestellten in Deutschland so reich geworden, daß ihm größere Opfer sehr wohl zugemutet werden können. (Zustimmung bei den Soz.) Herr Dertel sprach für die Versicherung der Handwerker, aber alle unsere dringenden Anträge sind abgelehnt worden. Das war Ihre Mittelstandsfreundlichkeit! (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Große Massen des Mittelstandes sind durch die Gesetzgebung außerordentlich kümmerlich berücksichtigt worden; die Bureauangestellten hat man bislang völlig ignoriert, trotzdem der Reichstag Resolutionen zu ihren Gunsten gefaßt hat. Das Arbeitsbeamtengesetz ist ein Angstprodukt vor den Reichstagswahlen, es sollte den Zustrom der Privatangestellten zur Sozialdemokratie einschränken. Diese sind kein neuer Mittelstand, sondern nur ein neuer mittellose Stand. (Sehr gut! b. d. Soz.) Sie werden von den Unternehmern genau so ausgebeutet, wie die Industriearbeiter. Der soziale Frieden besteht nur, so lange sie sich widerspruchslos ausbeuten lassen. Sogar Cheverbote sollen sie sich gefallen lassen; das Rattowitzer

Der Wilddieb.

Erzählung von Friedrich Gerstäcker.

(2. Fortsetzung.)

„Um — Ihr seid nicht zufrieden?“ sagte Kerdelmann, ihn scharf beobachtend. Schöffel sah aber nicht von seinem Essen auf und antwortete mürrisch vor sich hin:

„Zufrieden — muß wohl zufrieden sein, denn ich habe ein paar Kinder zu Haus, und wenn ich ihnen jetzt den Dienst aufsaße, so passen sie mir so auf, daß ich nur getrost tagelöhner könnte.“

„Was hat Euch denn heute nach Hollendeit gebracht?“ frug der Wirt, als jener eine Weile geschwiegen und sein Mahl beendet hatte.

„Hierher gebracht?“ sagte Schöffel — „was anderes, als einem der Laffen den Bedienten zu machen. Müßte unserm Förster sein Gewehr herüberbringen — Gott verdamme mich, wenn die jetzt nicht so vornehm werden, daß sie die Flinte nicht einmal mehr selber tragen mögen — aber — hm —“ unterbrach er sich plötzlich, leerte seinen Krug und warf einen klüchtigen, aber vorchtigen Blick dabei, in der ziemlich leer gewordenen Wirtstube umher.

„Hier, Kose!, mehr Bier.“ sagte Kerdelmann laut, das Mädchen herbeirufend, und bis das Getränk gebracht war, wechselten die beiden weiter kein Wort. Kerdelmann merkte jedoch, daß der andere etwas auf dem Herzen habe, und hütelte sich daher doppelt, sich neugierig zu zeigen. Daß Schöffel bei ihm eingekehrt war, hatte jedenfalls einen Grund. Aber es blieb immer besser, daß Kerdelmann jenen davon anfangen ließ, als daß er ihn ausfragte.

Schöffel schien nichtsdestoweniger etwas Ähnliches zu erwarten, und nur als Kerdelmann hartnäckig schwieg und ruhig mit den Fingern auf dem Tisch trommelte, begann er nach längerer Pause:

„Sagt einmal, Kerdelmann, was habt Ihr den Jägern eigentlich zuleide getan, daß sie auf Euch so fürchtbar schimpfen und Euch alles Schlechte und Schlimme nachsagen?“

„Wie?“ fragte Kerdelmann erstaunt — „wer tut denn das, und was können sie über mich reden? — Vor mir hat doch ihr Wild wahrhaftig Ruh“ genug.“

„Dah“, wünte ihm Schöffel mit dem einen Auge zu, während er mit etwas leiserer Stimme sagte: „von dem können wir eben nicht reden; aber hol's der Teufel, andere treiben es noch viel ärger, und so wird doch nicht auf sie eingehakt, wie auf Euch!“

„Wer schimpft denn über mich?“ sagte Kerdelmann ruhig, während er vergebens in Schöffels posternarbigem Gesicht den Grund dieser Teilnahme zu lesen suchte.

„Wer? — nun, besonders unsere Jäger.“ sagte dieser, „die noch dazu die wenigste Ursache hätten. Unser Förster ist überhaupt ein nichtsnüchtiger Halunke. Wenn er einem Menschen etwas Schlechtes nachsagen kann, tut er's gewiß — und knapp wird man da gehalten. — Na, jetzt bei den teuren Zeiten soll einmal einer mit dreißig Talern und Frau und Kinder auskommen, auch wenn man das bißchen Holz und die Wohnung frei hat.“

„Dreißig Taler ist freilich wenig“, sagte der Wirt, „wenn man's auf das ganze Jahr verteilt, und große Sprünge kann einer dabei nicht machen.“

„Das weiß Gott!“ brummte der Kreiser; „wenn man sich daher einen kleinen Nebenverdienst —“

Er schwieg wieder still und sah sich im Zimmer um. Es war halb zehn Uhr und die Gäste hatten ihre Plätze fast alle geräumt. Nur an dem einen Tisch saßen noch vier Kartenspieler, eifrig mit ihrer Unterhaltung beschäftigt, während der eine Burfche, der sie bedienen sollte, daneben auf einer Bank eingenickt war.

„Um“, sagte Kerdelmann leise, „Ihr habt mir irgend was zu sagen. Von denen, hört's keiner, wenn Ihr mir's anvertrauen wollt.“

„Und Ihr würdet einen armen Teufel nicht verraten?“ frug der Kreiser mit noch vorchtig gedämpfter Stimme.

„Fällt mir nicht ein“, brummte der Wirt, „ich bin ganz zufrieden, wenn sie mich ungeschoren lassen.“

„Dann will ich Euch auch gestehen, was mich hergeführt hat, und — ganz aufrichtig mit Euch sprechen. Ihr wißt, daß wir vor längerer Zeit einen Streit mit einander gehabt haben, und wenn ich Euch auch keinen Groll deshalb nachgetragen, möchte ich doch immer nicht den ersten Schritt zur Versöhnung tun. Es liegt das so in einem und man weiß eigentlich selber nicht recht, woher es kommt.“

„Nun ja“, sagte Kerdelmann ermutigend, „es will sich niemand gern was vergeben, wie man so denkt. Übrigens war die Sache nicht so schlimm, und ihr nehmt den Handel nur zu trumm, weil ihr glaubtet, es wäre auf euch abgesehen gewesen.“

„Es ist jetzt vorbei“, sagte der Kreiser, „und daß ich wieder zu euch komme und euch — eigentlich mehr vertraue, wie ich vielleicht tun sollte, mag euch beweisen, wie ich jetzt über die Geschichte denke.“

„Na, aber da bin ich doch neugierig“, sagte Kerdelmann und rückte sich seinen Stuhl etwas näher zu dem Gast hinüber.

„Ihr kauft Wild, nicht wahr?“ frug da dieser mit kaum hörbarer Stimme, indem er sich zu dem Wirt hinüberbog.

„Na, das kommt Ihr lauter fragen.“ lachte dieser, „daraus mache ich eben kein Geheimnis, denn ich verkaufe es portionenweise wieder an alle, die davon essen wollen.“

„Um — ja — ich weiß“, sagte der Kreiser, wie es schien etwas verlegen, „aber wenn Ihr nun von den Förstereien keins bekommen könnt und es notwendig braucht?“

Der Wirt erwiderte nichts hierauf, sah aber den Kreiser so forschend an, als ob er dessen innerste Gedanken durchdringen wollte.

„Ach was“, fuhr dieser aber plötzlich fort, „ich sehe auch nicht ein, weshalb ich so lange hinter dem Berg halten und nicht mit der Sprache heraus soll. Ich will ganz aufrichtig mit Euch sein und glaube, wir werden uns dann am besten verständigen.“

„Teufel noch einmal“, versetzte der Wirt, „was Ihr für eine Borrede macht! Ihr habt doch keinen Menschen totgeschlagen?“

„Nein — das nicht.“ sagte Schöffel, dem nichtsdestoweniger in diesem Augenblick fast so zumute war — „aber Ihr gebt mir vorher eure Hand darauf, daß Ihr mich nicht verraten wollt.“

„Wußt ich's wissen?“ frug Kerdelmann vorchtig, indem er die Hand noch zurückhielt.

„Ja“, sagte der Mann, „ich — wäre sonst nicht zu euch gekommen.“

„Gut denn“, sprach der Wirt, in die dargebotene Hand einschlagend. „Aber nun schießt auch los, denn es ist wahrhaftig schon dreiviertel auf zehn Uhr und um zehn gehe ich jeden Abend regelmäßig zu Bett.“

„Wohlan“, sagte der Kreiser. — „Ich bin ein armer Teufel und kann von dem nicht leben, was ich an Gehalt bekomme. Die Herren, die einen so knapp besolden, zwingen uns ja förmlich dazu, daß man sich nach einem andern Einkommen umsieht, und da hab' ich denn heute abend, wie ich mit der Flinte von drüben herüberkam — ein altes Tier geschossen.“

„So?“ sagte Kerdelmann und sah den Burfchen fest dabei an, „das ist aber eine verfluchte Geschichte und kann euch den Dienst kosten.“

Industriewerk verweigert die Gehewilligung, wenn der Angestellte eine Polin betreten will oder die Frau nicht als Beamtin anerkannt wird. (Lebh. Spöt. hört! links.) Die Dienstordnungen für Angestellte verfahren mit den persönlichen Rechten ebenso rücksichtslos, wie die Arbeitsordnungen mit denen der Arbeiter. Es wird geradezu der preussische Militarismus auf das Dienstverhältnis der Angestellten übertragen. Rücksichtslos werden Angestellten mit ganz niedrigen Gehältern durch die Konkurrenzklaukel enorme Konventionstrafen aufgezogen. Durch die ehrenwörtliche Verpflichtung zur Geheimhaltung des Gehalts entzweit man die Beamten. Die Nationalliberalen wollen in ihren Anträgen die Bureauangestellten nicht einbeziehen in die rechtliche Einheit der Privatangestellten, sondern sie verlangen für diese Gruppe besondere Bestimmungen. Das würde wieder nur halbe Arbeit sein, weil beispielsweise zwischen den Bureauangestellten und den Handlungsangestellten doch sehr enge Verbindungen bestehen. Die Sonntagsruhe, der Ladenschluss, angemessene Ruhepausen, Erholungsurlaub und viele andere Wünsche, in denen die Angestelltenbewegung völlig einmütig ist, müssen mit hineingenommen werden in das zu schaffende Einheitsrecht der Privatangestellten. Bei dem üblichen Tempo der Sozialpolitik werden wir freilich auf eine derartige Zusammenfassung der Angestelltenrechte lange warten müssen; eins aber läßt sich schnell herbeiführen: die völlige rechtliche Gleichstellung der technischen Angestellten und Bureaubeamten mit den Handelsangestellten. Dazu sind keine großen gesetzgeberischen Vorbereitungen nötig, wenn nur die Regierung den Anregungen der verschiedenen Parteien in dieser Richtung folgen wollte. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Bei der Besprechung der Resolution, die ein Arbeitswilligkeitsgesetz verlangt, ist wieder von den Rechten über den Terrorismus der sozialdemokratischen Gewerkschaften gelaugt worden. Tatsächlich aber hat sogar die Umfrage des Zentralverbandes der Industriellen ergeben, daß die Zahl der sogenannten Streikgewalttaten verschwindend gering ist. Was wird auch alles als Gewalttat aufgefaßt? Ich gebe dem Staatssekretär da in recht, daß in den letzten Jahren die Rechtsprechung in bezug auf den § 153 B. O. geradezu ungeheuerlich verschärft worden ist. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Man hat Strafen verhängt, die das Rechtsempfinden der Arbeiterschaft geradezu empört haben. (Lebh. Zust. b. d. Soz.) Beispielsweise wurde ein Streikender, der einen Lehrling fragte, ob Streitarbeit angefertigt werde, deswegen zu Gefängnis verurteilt. (Hört, hört! b. d. Soz.) Eine Notwendigkeit zu einer Verschärfung der Gesetze scheint da doch nicht vorzuliegen. (Zustimmung links.) Der Terrorismus, der in den Unternehmerreihen geübt wird, sieht ganz anders aus. Der wird ja nicht nur geübt gegen Angestellte und Arbeiter, sondern auch gegen die eigenen Klassengenossen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Die Angestellten haben nicht minder unter den Angriffen gegen ihr Koalitionsrecht zu leiden, wie die Arbeiter. Die Unternehmer huldigen hier dem bekannten Bischofswort: wer Knecht ist, soll Knecht bleiben. Wenn Abgeordneter Pieper meinte, daß der Radikalierungsprozeß in der Angestelltenbewegung nur eine Kinderkrankheit sei, so bin ich im Gegenteil der Meinung, daß dieser Prozeß erst anfängt und sich immer weiter entwickeln wird, je rücksichtsloser das Unternehmertum gegen die Organisationen der Angestellten vorgeht. Die Unternehmer dächten sogar diejenigen Angestellten, die früher einer Organisation angehört haben. Die Angestellten und Arbeiter können von der Gesetzgebung beanspruchen, daß das ihnen durch Reichsgesetz gewährleistete Koalitionsrecht nicht durch Gewaltmaßnahmen der Unternehmer unterbunden werden kann. Wenn der Sozialdemokratie vorgeworfen wurde, sie hätte die Bevölkerung über die Wirtschaftspolitik und ihre Wirkungen falsch informiert, so ist das durchaus nicht richtig. Das Volk merkt an eigenen Leiden die Wirkungen der Wirtschaftspolitik, und es sieht, daß die bei der Reichsfinanzreform geübte Auspomerung der Massen nur den Großkapitalisten in Industrie und Landwirtschaft zugute kommt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Was seitens der Sozialdemokratie geschehen kann, die Sozialpolitik vorwärts zu treiben, das soll von uns geschehen. Wir werden dafür sorgen, daß den schönen Reden auch Taten folgen; wir werden eine Situation schaffen, von der man sagen muß: da hilft kein Mundspitzen, da muß gepiffen werden. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Giesberts (3.): Die Privatbeamtenversicherung war keineswegs ein Produkt der Angst vor den Reichstagswahlen, sondern der Besorgnis, ob der neue Reichstag die Frage ebenso gut würde lösen können, als der alte. (Lebh. Zustimmung rechts.) Wir warten auf die Taten der Sozialdemokratie. Drehen Sie den Widerstand der Regierung in Sachen der Konkurrenzklaukel, wir konnten es nicht. Wenn Sie in 5 Jahren die Erfolge erzielen, die wir erreicht haben, dann werde ich zum ersten Male sagen: das ist positive Mitarbeit. (Heiterkeit l. d. Soz.) Die Zehnenbesitzer werden den Arbeiterorganisationen gegenüber eine andere Haltung einnehmen müssen, und die Gesetzgebung muß den Arbeitern mehr entgegenkommen. Die Bergmannsarbeit hätte zunächst

„Um ja — wenn's raus käme,“ brummte Schöffel. „Ich werde aber nicht so dumm sein und das den Herren unter die Nase reiben. Ich mußte nun, Kerdelmann, daß Ihr Wild läuft — ob vom Förster oder von anderen Leuten, geht mich nichts an, und da kam ich zu Euch, daß Ihr mir das Tier abnehmen wüßtet — denn ich weiß nicht recht, an wen ich mich sonst wenden könnte.“

„Also darum seid Ihr zu mir gekommen?“ lachte Kerdelmann still vor sich hin. „Na, ich muß Euch aufrichtig gestehen, ich habe gleich von vornherein so einen Gedanken gehabt, daß Euch nicht bloße Verhöflichkeit hierherführe. Doch das bleibt sich gleich, die Hauptsache ist, Ihr habt ein Tier geschossen.“

„Nicht so laut,“ warnte ihn Schöffel — „wenn die da hinten es hörten.“

„Ach, die passen nicht auf uns auf, — aber, was kann ich dabei tun?“

„Was Ihr tun könnt? — abkaufen sollt Ihr's mir, daß ich es aus dem Wege räume, und — da ich damit in der Klemme sitze, sollt Ihr das ganze Stück auch zu einem Spottpreis bekommen. Es ist ein alt Welt-Tier,“ feist wie Butter und schwer genug, und wenn Ihr mir fünf Taler gebt, schaff ich es Euch heut nacht noch hier ins Haus. — Wahrhaftig, es stand so verlockend vor mir, als ich den Berg herunterkam, daß ich sitzen mußte, ich möchte wollen oder nicht. Ehe ich nur recht wußte, was ich tat, knallte es, und da lag's und zuckte und rührte sich nicht mehr.“

„Und wo liegt es jetzt?“

„Droben, gleich über dem neuen Schlag; vielleicht hundert Schritte von dem Kirchweg, der durch die Niederbildung führt. Soll ich's herunterkriegen? — ich verlange das Geld nicht eher, als bis Ihr das Wild im Hause habt, gefällt Euch das Geschäft, so denkt ich, können wir mehr derartige mit ein-

*) Welt-Tier nennt man die Dorschfah, die in dem Jahre sein Raub gehabt.

den Anspruch auf Minimallohn, dem aber die Minimalleistung gegenübersteht. Von einem Sympathiestreik für England wollen die Bergarbeiter und will die öffentliche Meinung nichts wissen. Er würde auch den Engländern nicht viel nützen. Hoffentlich lassen sich die deutschen Grubenbesitzer nicht zum Kohlenexport nach England mißbrauchen. Die jegliche Lohnbewegung trägt ihre Berechtigung in sich. Bei der Rentabilität der deutschen Gruben sind Lohnreduzierungen überhaupt ungerechtfertigt. Der Preiserhöhung muß eine Lohnsteigerung entsprechen. Die deutsche Kohle ist nicht in erster Linie zur Ausbeutung der Arbeiter durch eine Hand voll Kapitalisten da. Werden die Zechenbarone nicht vernünftiger, so bin ich für ein Syndikatsgesetz, das Lohnreduzierungen bei steigender Konjunktur vorschreibt. Warum hat Abg. Sacke denn nicht von den elenden Döhnen im mittelschlesischen Kohlenrevier gesprochen. (Widerpruch b. d. Soz.) Dort wäre ein Streik viel nötiger als im Ruhrrevier. Ohne den christlichen Verband können die übrigen Verbände keinen erfolgreichen Streik durchführen. Die christlichen Arbeiter haben das größte Mißtrauen in die ehrlichen Absichten des sozialdemokratischen Verbandes seit dem Kampf von 1905. Der Redner wünscht zum Schluß eine Regelung der heute überlangen Arbeitszeit in den Rotenrebetrieben der Zechen. (Beifall im Zentrum.)

Kölsch (M.) wünscht eine Reform des kaufmännischen Unterrichtswezens. Der kaufmännische Mittelstand hat sich im Ganjabund eine machtvolle Vertretung geschaffen. (Lachen rechts.) Wenn die Rechte wirklich für den Mittelstand eintreten will, so möge sie dafür sorgen, daß ihm nicht wieder neue Steuern aufgewälzt werden, sie möge also für die Erbschaftsteuer stimmen. (Lebh. Zust. links. Lachen rechts.)

Kerschenecker (Wp.): Wir würden nicht so viel Mittelstandsfragen haben, wenn nicht unsere Erziehungspolitik seit einem Jahrhundert so weit hinter den gewaltigen Ummälzungen auf allen Gebieten zurückgeblieben wäre. Das gilt vor allem für die Handwerkerfrage. Es nützt nun nichts eine Mittelstandspolitik als Mittelstandspolitik, als Kampfpolitik gegen die Sozialdemokratie, als Schutzmauerpolitik. Für die gesunde Entwicklung des Staates kommt es darauf an, möglichst viel unabhängige Menschen zu schaffen. Es gibt keinen Kulturstaat aus Sklaven. Was ist nun eine richtige Erziehungspolitik? Die Schutzpolitik schafft immer mehr Abhängige, sie führt zur Verkümmung des ganzen wirtschaftlichen Lebens. Warum herrscht bei den norddeutschen Handwerkern eine solche Abneigung gegen die Erziehungspolitik? Sehr einfach — von der Schutzpolitik verspricht man sich sofort materiellen Gewinn, sie erfordert vom Handwerk keine persönlichen Opfer; anders die Erziehungspolitik, deren Kardinalfrage lautet: Wie verschafft sich der Mittelstand einen intelligenten Nachwuchs, und wie ist die Fortbildung und Ausbildung selbständiger Existenzen zu sichern? Die Qualität des Nachwuchses im Mittelstand muß vor allem gehoben werden. Es bedeutet eine enorme Vergeudung von Mitteln, wenn man ein minderwertiges Menschenmaterial durch später einsetzende Fortbildung wertvoller machen will. Unsere deutschen Volks- und höheren Schulen geben leider einer selbständigen Ausbildung der Hand viel zu geringe Nahrung, und doch könnte gerade die Schule dem Handwerk viele Intelligenzen zuführen. Unsere realistischen Schulen, unsere Volksschulen haben keine Beziehungen zum praktischen Leben. Wie kann man erwarten, daß sie ihre Schüler dafür erziehen, selbständig den Kampf im wirtschaftlichen Leben aufzunehmen? Wenn Sie dem Mittelstand intelligente Kräfte zuführen wollen, dann müssen die Schulen nach amerikanischem Muster organisiert werden. Wenn die Schule nach den Grundfäden der Arbeitsgemeinschaft eingerichtet wird, wie ich das verrete, so wird sie auch die wichtigsten sozialen Tugenden entwickeln. (Sehr gut! links.) Eine zweite Kardinalfrage ist die Lehrlingsfrage. Die Meisterlehre reicht nicht aus. Das Fortbildungs- und Fachschulwesen ist um so notwendiger, als vielfach Lehrlinge nur als billige Arbeitskräfte von den Meistern benutzt und immer mit derselben Tätigkeit beschäftigt werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Ferner ist notwendig kaufmännische und wirtschaftliche Ausbildung der Lehrlinge und die von Herrn Bauli so verdächtige staatsbürgerliche Erziehung. (Sehr richtig! links.) Herr Bauli sagt zwar, das brauchen wir alles nicht, es genügt, in den Fortbildungsschulen Rechnen, Lesen und Schreiben zu lehren. Früher war man auch derselben Ansicht in England, aber die Engländer sind inzwischen gescheitert geworden (Große Heiterkeit), und es ist möglich, daß wir auch noch Herrn Bauli befehlen. Nun will ich durchaus nicht die glatte Übertragung des Münchener Verfahrens auf alle anderen Städte empfehlen. Die Schulorganisation muß sich immer den lokalen Verhältnissen anpassen. Drei Grundmerkmale muß jede Organisation haben: es muß die reine Freude am Arbeiten, am praktischen Schaffen in den Schülern geweckt werden, zweitens muß sich in ihnen ein moralisches Bedürfnis entwickeln, alle Arbeiten so gut, reell, gewissenhaft und einwandfrei wie möglich zu machen (Beifall) und drittens muß die Schule den sozialen Sinn heben, den Gemeininn und den Gemeinschaftssinn. (Lebh. Beifall links.)

Dambek (Pole) erörtert, auf der Tribüne schwer ver-

ander machen. Meiner Seele — es läuft genug solch Zeug im Wald herum, und ich sehe nicht ein, weshalb eine Familie hungern soll, nur damit sich die Bestien den Wanst da draußen voll süßen Graßes äßen — 's ist keine Vernunft drin.“

„Wenn's aber verraten wird, kommen wir beide in Teufels Küche,“ sagte Kerdelmann nachdenkend.

„Verraten — wer soll's verraten?“ fragte Schöffel. — „Ihr habt doch gewiß irgendwo einen Platz, wo man es unbemerkt hereinbringen kann, und hängt es erst einmal in Eurer Fleischkammer, wer kann dann beschwören, in welchem Revier es seine Fährten eingedrückt? Das brauch' ich Euch aber nicht weiter zu sagen, und heut ist insofern eine vorzreffliche Zeit dazu, als die Förster und Forstgehilfen alle fest im Wirtshaus drüben sitzen. Den Schuß hat auch keiner gehört, und ein billigeres Stück Wild bekommt Ihr im ganzen Leben nicht wieder.“

Kerdelmann blieb noch eine Weile sitzen und sah still vor sich nieder. — Da schlug die Uhr zehn, und bei dem Schlag in die Höhe fahrend, sagte er rasch: „Gut — dann bringt es her — ich gehe jetzt mit Euch und zeige Euch, wo Ihr es hereinbringen könnt. Das Geld mögt Ihr Euch dann morgen früh um neun Uhr holen; seid Ihr damit zufrieden?“

„Gewiß,“ rief Schöffel und griff dabei in die Tasche, um das, was er verzehrt, zu bezahlen. Kerdelmann hielt ihm aber den Arm und sagte freundlich:

„Läßt's nur gut sein. Die paar Glas Bier mögt Ihr auf unsere Verköstigung getrunken haben.“

„Dann dank' ich auch schon,“ versetzte der Mann, die dargebotene Hand heftig schüttelnd, „auf unsere Verköstigung und auf — gute Geschäfte. Wenn wir beide zusammenhalten, sollen die Gränzdäcke wohl umsonst draußen die Augen offen halten. Ich dachte, wir beide wüßten, wie wir sie bei der Raße herumführten.“

Damit nahm er seinen Hut, und der Wirt ging mit ihm hinaus, ihm das kleine Tor zu zeigen, durch das er sein Wild in der Nacht auf seinen Hof schaffen konnte.

ständig, die Arbeits- und Lohnverhältnisse im ober- und mittelschlesischen Bergbau, die er als dringend verbesserungsbedürftig bezeichnet.

Das Haus verlag sich.

Nächste Sitzung: Donnerstag nachmittag 1 Uhr. (Weiterberatung des Etats des Reichsamt des Innern).

Schluß 6 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Das Fraktionsbild der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, enthaltend die neuesten Porträts der 110 sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten nebst Angabe der Wahlkreise, in denen sie gewählt sind, ist soeben erschienen. Preis in künstlerischer Ausführung auf Kunstdruckpapier 50 Pf. Das Fraktionsbild ist sehr geeignet als Zimmerschmuck, sowie zum Dekorieren von Sälen und Vereinszimmern. Zu beziehen ist das Bild durch alle Parteibuchhandlungen oder direkt vom Verlag Buchhandlung Vorwärts, Paul Singer & Co., Berlin SW., Lindenstraße 69. Bei schriftlicher Bestellung sind für Verpackung und Porto 50 Pf. extra beizufügen.

Nach preussischem Muster. Wie die „Münchener Post“ meldet, ist dem zum Bürgermeister von Peißenberg gewählten Sozialdemokraten Strich vom Ministerium des Innern in letzter Instanz die Bestätigung verweigert worden.

Gewerkschaftsbewegung.

Zu den Kämpfen im Steinfegergewerbe. Die Steinfeger in Leipzig, die wie bereits früher schon mitgeteilt, einen regelrechten Kampf ums Koalitionsrecht führen müssen, haben in diesem Kampfe bereits einen ansehnlichen Erfolg aufzuweisen. Während in einer Verhandlung zu Beginn der vorigen Woche der Vorsitzende des Unternehmer-Reichsverbandes, der seinen Sitz gleichfalls in Leipzig hat, kategorisch erklärte, daß die Unternehmer an ihrem Beschluß, der den Arbeitern das Koalitionsrecht beschneidet, unbedingt festhalten, erklärten sie jetzt im Beisein desselben Vorsitzenden, die Leipziger Unternehmer seien bereit, ihren Beschluß aufzugeben. Sie waren weiter bereit, einer Klausel im Tarifvertrage zuzustimmen, wonach das Recht der Koalitionsfreiheit aller Arbeiterkategorien ausdrücklich gesichert wird. Zu einem Friedensschlusse ist es jedoch nicht gekommen, da wegen der Lohnfrage die Unternehmer bisher nur ungenügende Zugeständnisse oder Vorschläge gemacht haben, die teilweise erhebliche Verschlechterungen darstellen. Die Situation ist jedoch für die Arbeiter außerordentlich günstig, so daß sie auf einen vollen Erfolg rechnen. — Zu neuen Differenzen droht es in Halle a. S. und im Regierungsbezirk Merseburg zu kommen. Dort verlangen die Unternehmer ebenfalls von einer Anzahl Steinfeger kategorisch den Austritt aus der Organisation und drohen im Weigerungsfalle mit Entlassung. Der Verband der Steinfeger hat unverzüglich erklärt, daß er über jeden Betrieb die Sperre verhängt, der derartige Entlassungen vornimmt. Wenn die Schlichter also nicht im letzten Augenblicke ihre provokatorischen Maßnahmen zurückziehen, worauf allerdings gerade hier nur geringe Hoffnung gesetzt werden kann, so dürfte eine Neuauflage des Kampfes vom vorigen Jahre fast unvermeidlich werden. Jedenfalls ist der Verband der Steinfeger nicht gewillt, das Koalitionsrecht seiner Mitglieder auch nur im geringsten antasten zu lassen. Dabei muß man sich die Tatsache vergegenwärtigen, daß der Unternehmer-Reichsverband auf seiner kürzlich stattgefundenen Jahresversammlung beschlossen hat, dem Antrag der Arbeiterorganisationen näherzutreten, der die Einsetzung eines Tarifamtes als Zentralschiedsgericht zur Schlichtung aller Differenzen verlangt, die örtlich nicht beigelegt werden können. Die Bearbeitung dieser Sache hat er seinem Verwaltungsrat übergeben. Wie sich die Herren Unternehmer angeht, der einleitend geschilderten Tatsache ein solches Zusammenarbeiten vorzustellen, ist vorläufig noch ihr Geheimnis. — In Nordhausen stehen die Steinfeger in einem Abwehrstreik, weil verschiedene Unternehmer seit des tarifmäßigen Stundenlohnes von 60 Pfennig nur 55 Pfennig zahlen. — In Frankfurt a. M. rüsten die organisierten Unternehmer ebenfalls zum Kampf, indem sie vorläufig die Parole ausgegeben haben, nur unorganisierte Steinfeger einzustellen. Dem Stadtbauamt, das den dringenden Wunsch ausgesprochen hat, daß die Lohn- und Arbeitsbedingungen bis zum Wiederbeginn der Arbeiten in diesem Jahre vertraglich geregelt sein mögen, haben die Unternehmer schon im September v. J. geschrieben, daß sie sich an den Zentralvorstand der Arbeiterorganisation in Berlin gewandt und Verhandlungen nachgesucht hätten, da sie mit den örtlichen Instanzen nicht verhandeln wollten. Dieser Brief muß jedenfalls unterwegs abhanden gekommen sein, denn bis jetzt ist in Berlin ein solcher Brief noch nicht angelangt. Es ist auch ein offenes Geheimnis, daß die Frankfurter Pflastermeister gern „Anschluß“ an verschiedene für dieses Frühjahr in Aussicht genommene Kämpfe finden wollten.

Gleich darauf verließ Schöffel das Haus und ging langsam die Straße hinauf, die aus dem Dorf hinaus nach dem Wald führte. Dieser Richtung folgte er nur etwa so weit, als er glaubte, daß er vom Kirch aus beobachtet oder gehört werden könnte. Sobald er um die nächste Ecke gebogen war, blieb er stehen, wendete sich zurück und lachte still in sich hinein.

„So ist's recht, alter Fuchs, hast Du die Witterung endlich einmal angenommen? — Nicht wahr, das schmeckt, fünf Taler für ein feist Tier und das Versprechen fernerer Fütterung? — Holzopf Du, daß Du denkst, der Schöffel hätte Dir schon die Prügel und die Schande vergessen, die Du ihm angetan! Aber wart, mein Bursche, jetzt ist die Zeit gekommen, wo ich Dir's wett machen kann, und wenn ich Dich einmal hinter dem eisernen Gitter sehe, trink' ich mir einen Kaufsch vor Vergnügen. Also morgen früh um neun Uhr; daß wir Zeugen dabei haben, dafür wird gesorgt sein. In dem Augenblick, wo Du das Geld herauskräfft, haben wir Dich beim Kragen.“

Er rief sich bei dem Gedanken vergnügt die Hände und bog dann mit raschen Schritten in die nächste Straße ein, die nach der Krone hinunterführte.

Kerdelmann blieb, als Schöffel die Straße hinausschritt, noch einige Minuten in seiner Tür stehen. Er sah aber dem Davongehenden nur flüchtig nach und öffnete hierauf wieder die Glasthür.

„Franz!“ rief er dort hinein — „Franz!“ — Der Junge sah noch auf der Bank und schlief, bis ihn einer der Gäste anstieß und er erschrocken in die Höhe fuhr — „Franz!“

„Ja — ja wohl — hier bin ich!“

„Ich geh' zu Bett, Franz,“ sagte Kerdelmann — „schlaf mir nicht wieder ein, halt die Augen offen.“

Damit ging er hinüber und schloß seine Tür hinter sich ab, nahm dann den Hut vom Nagel, öffnete leise das Fenster, das in den dunkeln Hof führte, und glitt, von seinen Leuten unbemerkt, hinaus auf die Straße, die entlang er eine der engen festabführenden Dorfassen hinabdrang.

(Fortsetzung folgt.)

Zur deutschen Bergarbeiterbewegung. Die ablehnende Antwort des Verbandes der Grubenbesitzer lautet: „Wir müssen es ablehnen, uns zu den gestellten Forderungen zu äußern, denn nur der nach dem Gesetz gewählte Arbeiterausschuß ist berechtigt, die Wünsche der Belegschaften vorzubringen. Aber auch den Arbeiterausschüssen wird von den einzelnen Gruben auf die von den Ausschüssen eingereichten Forderungen eine meist ebenso kurze, provokatorische Antwort zuteil. Die meisten Bescheidungen werden überhaupt nicht beantwortet. Das Verhältnis zwischen Grubenverwaltung und den Bergarbeitern ist deshalb ein sehr gespanntes. In den nächsten Tagen wird von den Bergarbeitern die Entscheidung gefällt werden. Den Welsungen der Organisationsleitungen wird allgemein Folge geleistet. Während auf Beche „Kaiserstuhl“ die Belegschaft vollständig angefahren ist, ist der Streik auf Beche „Scharnhorst“ noch nicht beendet, nur wenige Arbeiter sind angefahren.“

Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter hält Ende dieser Woche eine allgemeine Generalversammlung für das Ruhrrevier ab, um die Situation im Ruhrgebiet zu besprechen.

Im Saarrevier sprachen in christlichen Bergarbeiterversammlungen Wiesberts, Behrens und Imbusch. In den Versammlungen wurde eine Resolution angenommen, worin die Bergarbeiter der preussischen Staatsgruben das Abgeordnetenhaus bei der Beratung des Vergelats um eine entsprechende Lohnsteigerung bitten, da die Durchschnittslöhne im Saarrevier wesentlich niedriger als im Ruhrgebiet seien, während die Leistungen der Saarknappen nicht zurückstünden. — Wenn die Christlichen ihre Lohnforderung dem preussischen Dreiklassenparlament anvertrauen, werden sie sicher schwere Enttäuschungen erleben.

Daß die evangelischen Arbeitervereine es den Christlichen in der Warnung vor dem Streik mindestens gleich tun müssen, versteht sich am Rande. Die Leitung des rheinisch-westfälischen Verbandes evangelischer Arbeitervereine warnt seine Mitglieder dringend vor einer Beteiligung an ungenügend begründeten, daher vorsichtslosen Ausständen, durch die die Sache der Arbeiter nur geschädigt werde. Die deutschen Arbeiter hätten keine Veranlassung, zugunsten der deutschfeindlichen englischen Industrie oder der Agitationsbedürfnisse der sozialdemokratischen Partei sich an einem Streik zu beteiligen.

Streik bei der Firma Ludwig Löwe in Berlin. Schon seit einem Jahr versucht die Direktion der Firma Löwe in Berlin mit allen Mitteln, einen gelben Verein in ihrem Betriebe lebensfähig zu halten. Als bei Neuinstellungen sogar Arbeiter gezwungen werden sollten, Mitglieder des gelben Vereins zu werden, mußte erst ein Teil der in Arbeit stehenden Kollegen etwige Tage streiken, damit die Firma von dieser Maßnahme Abstand nahm. Nun wurde innerhalb des Betriebes von Meistern und sonstigen Betriebsbeamten versucht, Mitglieder für den gelben Verein anzuwerben, was die Arbeiter einer Abteilung ebenfalls veranlaßte, mehrere Tage zu streiken. Dann kam eine Vereinbarung zwischen Direktion und Arbeiterausschuß zustande, wonach eine Agitation für den gelben Verein innerhalb des Betriebes in keiner Weise stattfinden darf. Dadurch wurde für eine längere Zeit eine Art Friede hergestellt. Als jedoch im Dezember v. J. der Formierstreik und die Aussperrung beendet war, glaubte wohl die Direktion der Firma Löwe, daß nun die Arbeitererschaft einer Agitation für die gelbe Organisation nicht mehr den nötigen Widerstand entgegensetzen werde. Mit aller Rücksichtslosigkeit wurde bei der Arbeiterauswahl im Januar d. J. die Liste der Gelben den Arbeitern zur Wahl „empfohlen“. Durch allerdings Machinationen wurde es möglich, daß die Gelben drei und die freitragenden Arbeiter fünf Sitze im Ausschuss bekamen. Als nun in der letzten Zeit sich Streiksleiter und einzelne Meister nicht scheuten, verschiedenen Arbeitern und Arbeiterinnen mit Entlassung und mit schlechtbezahlter Arbeit zu drohen, wenn sie nicht dem gelben Verein beiträten, da war es mit der Geduld der Arbeitererschaft vorbei. In einer Abteilung (Werkzeugbau), wo die Arbeiter unter diesen Verhältnissen besonders zu leiden hatten, wurde Ende Februar der Streik beschlossen. Als die Direktion mit einer Kommission der Streikenden nicht verhandeln wollte und sich ablehnend verhielt, beschlossen am 2. März etwa 400 Arbeiter ebenfalls den Streik. Demnach streikten im ganzen etwa 600 Metallarbeiter und einzelne Arbeiterinnen. Da es sich hier um einen Kampf um die Koalitionsfreiheit der Arbeiter handelt, so erwarten die Streikenden, daß ihnen die Arbeitererschaft nicht nur von Großberlin, sondern von ganz Deutschland die Sympathie nicht verlagern wird, indem Arbeitsangebote für die Firma Löwe in Berlin zurückgewiesen werden. Die Firma Löwe in Berlin, Sutterstraße, ist für Metallarbeiter und Arbeiterinnen gesperrt. Deutscher Metallarbeiterverband. Ortsverwaltung Berlin.

Aussperrung in der Maschinenfabrik von Koenig in Guben. Die bekannte Buchdruckerei und Verlagsanstalt von Koenig in Guben, die das bekannte „Koenigs-Kursbuch“ herausgibt, unterhält neben dem Buchdruckereibetriebe noch eine Maschinenfabrik, „Königsbogenanleger“, S. m. b. S. Im Auftrage der dort beschäftigten Metallarbeiter richteten der Metallarbeiterverband und der Hirsch-Dundersche Gewerksverein Lohnforderungen ein. Die Firma aber hält eine tarifliche Regelung der Löhne auf drei Jahre undurchführbar. Stundenlohnsteigerung um 2 Pfg. vom 1. April 1913 ab und um einen Pfennig vom 1. April 1914 ab kann sie nicht bewilligen. Als Antwort auf die eingereichten Forderungen hat die Firma Koenig sämtliche organisierte Arbeiter ohne weiteres ausgesperrt. Zugang ist ferngehalten.

Textilarbeiterstreik in Sachsen. In Delsnitz haben am Montag 150 Färber die Arbeit niedergelegt, nachdem die Unternehmer die Verhandlungen ohne jeden Grund abgebrochen haben. — Ebenfalls haben in Falkenstein bei der Firma G. Lange die Färber- und Appreturarbeiter die Arbeit niedergelegt. Die Ursachen sind Lohnunterschiede. In Blauen sind am Sonnabend, dem 2. März 350 Weber und Weberinnen ausständig geworden, weil ihnen die Firma eine 10 prozentige Lohnaufbesserung verweigert hat.

Bürgerlicher Zeitungsschwindel. Die bürgerliche Presse weiß von einer Geldhilfe der deutschen Sozialdemokraten oder einer Geldhilfe der sozialdemokratischen Gewerkschaften Deutschlands für die englischen Bergarbeiter zu melden. Eine halbe Million Mark soll den Engländern als Streikunterstützung überwiesen worden sein. Der Vorsitzende des Bergarbeiterverbandes, Genosse S. a. s. c., hat in einer Erklärung schon dem „Berliner Tageblatt“ mitgeteilt, daß daran kein wahres Wort ist. Wir können zum Überfluß dem noch hinzufügen, daß auch der Generalkommission der deutschen Gewerkschaften von dieser Streikgeldbewilligung nichts bekannt ist. Kein Mensch in den deutschen Gewerkschaften denkt daran. Die englischen Bergarbeiter bedürfen der deutschen finanziellen Hilfe nicht, und wenn sie ihrer bedürften, könnten sie Gelder von Deutschland jetzt nicht erwarten. Das muß jeder halbwegs vernünftige Mensch in der jetzigen Zeit einsehen, nur die bürgerlichen Zeitungsschreiber übersehen das offensichtlich, sonst würde ihnen ja das Konzept verboden, um den bloßen Nachweis führen zu können, daß die deutsche Bewegung nur eine Sympathiebewegung für die Engländer sein soll.

Eine Lohnbewegung der österreichischen Bergarbeiter. Die Union der Bergarbeiter Österreichs hat am 8. März den Betriebsleitungen sämtlicher Braunkohlenschächte in den Revierbergamtsbezirken Komrotau, Brüx und Teplitz folgende Lohnforderungen überreicht: 1. den Bauern im Abbau sowie auf der Strecke ist im Akkordgebäude eine 20prozentige Lohnsteigerung zu gewähren und die Bedinge sind so zu setzen, daß jeder Bauer mindestens 4,50 Kronen für die Schicht verdienen kann, 2. gleichzeitig sind allen übrigen Gruben- und Tagesarbeitern die Schicht- und Akkordlöhne um 25 Proz. zu erhöhen, 8. Hausbrandkohlen sind dem Arbeiter statt 72 Dpa. 82 zu gewähren. — Die Beantwortung dieser Forderungen wird bis zum 14. März erwartet. — Ebenso wie in Deutschland sind auch in Österreich die Löhne gesunken, dagegen aber die Arbeitsleistung erhöht.

Die Bergarbeiterbewegung in Frankreich. Bürgerliche Blätter, wie z. B. der „Matin“, wollen wissen, daß es im „Bas de Galais“ und im Nordwesten zu einem Generalstreik der Bergleute nicht kommen werde. Natürlich sind das vage Kombinationen; die Beschlüsse des Exekutiv-Ausschusses der Bergarbeiterföderation sind noch nicht bekannt. Dagegen ist sicher, daß unter den Bergleuten des Beckens von Anzin große Unzufriedenheit herrscht, sodaß hier der Ausbruch des Streiks wohl zu erwarten ist. Die Grubenbesitzer suchen die Löhne, die angefaßt der hohen Lebensmittelpreise schon längst viel zu niedrig sind, immer weiter herabzudrücken. Ein definitiver Streikbeschluss ist allerdings auch hier noch nicht gefaßt; die Organisationsleiter sind sich der hohen Verantwortlichkeit bewußt, sie möchten die Bewegung nur gemeinsam mit den Kameraden der übrigen Reviers einleiten. Kommt es zum Kampf, dann haben die französischen Bergleute auch auf die Unterstützung anderer Berufsgruppen sicher zu rechnen. So hat die Föderation der Transport-, Hafen- und Dockarbeiter Frankreichs bereits beschlossen, den Bergleuten jede nur mögliche Unterstützung zu leisten. Dieser Beschluss beschränkt sich nicht auf den Kampf in Frankreich selbst, sondern in dem Zirkular der Verbandsleitung an ihre Funktionäre wird darauf hingewiesen, daß die englischen, deutschen, belgischen, amerikanischen Bergleute in eine Bewegung eingetreten seien, und es wurde erwartet, daß die französischen Transportarbeiter die kämpfenden Brüder unterstützen werden. Die Art und Weise der Hilfeleistung überlasse die Leitung den Kameraden.

Die Möbelhändler in Nancy (Frankreich) befinden sich im Streik. Die Unternehmer halten die Zeit für gekommen, die in früheren Jahren erreichten Verbesserungen der Arbeitsbedingungen wieder verschlechtern zu können und namentlich haben sie es darauf abgesehen, an Stelle der bisher üblichen Lohnarbeit die Akkordarbeit einzuführen, was bei den gegenwärtigen Betriebs- und Arbeitsmethoden eine erhebliche Verschlechterung der Arbeitsbedingungen bedeuten würde. Da sich die Arbeiter vollständig einig sind in dem Bestreben, die angebotenen Verschlechterungen abzuwehren, besteht Grund zu der Annahme, daß die Unternehmer ebenso wie bei früheren ähnlichen Anlässen im Ausland versuchen werden, Streikbrecher zu werben. Die französischen Holzarbeiter bitten die organisierten Holzarbeiter Deutschlands, sie in dem Kampfe durch Fernhaltung des Zugangs zu unterstützen. Nancy ist für Holzarbeiter gesperrt.

Zur englischen Bergarbeiterbewegung wird uns telegraphisch gemeldet, daß die englische bürgerliche Presse jetzt anfängt, eine drohende und den Bergarbeitern feindliche Stellung einzunehmen. Auch ministerielle Organe beteiligen sich an diesem Manöver gegen die Arbeiter. Die englischen Bergarbeiter haben übrigens den Transportarbeitern und den Eisenbahnern erklärt, daß sie bei dem gegenwärtigen Stand der Dinge ihre Hilfe nicht in Anspruch zu nehmen brauchen.

Aus der Jugendbewegung.

Eine Jugendkonferenz für Württemberg fand am Sonntag im Gewerkschaftshaus zu Stuttgart statt. 21 Jugendorganisationen waren vertreten. Die Zahl der Mitglieder der ist nach dem von der Bezirksleitung erstatteten Bericht von 1880 am 1. Juli 1911 auf 2582 Ende Februar 1912 gestiegen. Die „Arbeiter-Jugend“ zählt 2135 Abonnenten. In den Vereinen wurden in der Berichtszeit 274 Vorträge gehalten, außerdem wurden 21 öffentliche Versammlungen abgehalten. Aber auch die Gegner geben sich die größte Mühe und scheuen keine Kosten, die Arbeiterjugend der proletarischen Jugendbewegung zu entfremden. Besonders rührig am Werke sind die sogenannten Pfadfindervereine. Um so dauerlicher sei es, daß unsere Genossen und Genossinnen den Bestrebungen der freien Jugendbewegung nicht die gewünschte Sympathie entgegenbringen. Sie lassen es überall an der nötigen Unterstützung fehlen. — In der anschließenden Diskussion wurde lebhaft Klage darüber geführt, daß Kinder unserer Genossen sich an den Veranstaltungen der bürgerlichen Jugendbewegung beteiligen. Der Grund dieser Tatsache mag darin zu suchen sein, daß die Gegner ihre eigentlichen Zwecke zu verheimlichen wissen. — Genosse Peters, Berlin hielt ein instruktives Referat über die Aufgaben der proletarischen Jugendbewegung. Über den Jugendklub sprach Genosse Fette, Stuttgart. Eine Diskussion über die Vorträge fand nicht statt. — Die Bezirksleitung wurde beauftragt, eine Verständigung mit den gewerkschaftlichen Jugendsektionen herbeizuführen. Die Partypressen Württembergs wurde eruchtet, in Zukunft der Jugendbewegung mehr Beachtung zu schenken. Die Landesversammlung soll sich mit der Jugendbewegung befassen. Die Zentralstelle für die arbeitende Jugend Deutschlands wurde aufgefördert, Lichtbilderfertigen und ein Instruktionsorgan für die Funktionäre der Jugendbewegung herauszugeben. Für den kommenden Sommer sind zwei Jugendtage in Aussicht genommen.

Soziales.

Lehrstühle für soziale Gesetzgebung. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung berichtet: „Zwischen den Bundesregierungen schweben Verhandlungen, die darauf abzielen, auf allen Universitäten Lehrstühle für soziale Medizin einzurichten, um die Studierenden der Medizin mit den Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung und der Arbeiterschutzgesetzgebung und mit den bei der Durchführung dieser Gesetze den Ärzten erwachsenden Aufgaben vertraut zu machen. Im übrigen soll die Reichsversicherungsgesetzgebung in größerem Umfange als bisher als Lehrgegenstand auf den deutschen Hochschulen behandelt werden.“

Die Fabrikinspektion in Sachsen beschäftigte am Montag den sächsischen Landtag. Drei liberale Redner traten dafür ein, daß ein weiterer Ausbau der Gewerbeinspektion durch Einziehung von Kontrolleuren aus dem Arbeiterstande vermieiden werden müsse. Genosse Reimling forderte die Anstellung eines Landgewerbebeirates. Dieser Antrag wurde einer Kommission überwiesen. Die sozialdemokratischen Abgeordneten Heib und Linke übten dann scharfe Kritik an den Mängeln, die die Gewerbeinspektion gegenwärtig aufweist.

Kommunales.

Kommunalkonflikt in Jena wird uns nach geschrieben: In der Jenaer Stadtdirektion beantragten bekanntlich die Sozialdemokraten auf Grund von Vorkommnissen, eine Revision und Begutachtung der Stadtdirektion durch zwei auswärtige Revisoren vornehmen zu lassen. Die beiden Revisionsberichte, die je 115 Seiten Schreibmaschinenschrift umfassen, lagen in der letzten Gemeinderatsitzung vor. Die öffentliche Verlesung der Berichte veranlaßte den Gemeindevorstand, den Saal zu verlassen. Aus den Berichten geht hervor, daß das Revisionswesen der Stadt vollständig ungenügend ist. In Büchern wurden Raderungen vorgefunden und das Fehlen von Pfandbriefen festgestellt. Bei Darlehen auf Gastwirtschaften, die zu 4 1/2 Prozent von der städtischen Brauerei beilehen worden sind, wurden nur 4 Proz. Zinsen erhoben. Allgemein wurden große Mängel der Aufsicht und Organisation festgestellt, ebenso mangelhafte Organisation der Oberaufsicht, fehlende Statistiken, fehlende Dienstvorschriften für die Beamten, starke Mängel von Registratureinrichtungen usw. In der Räumerverwaltung wurden folgende Mängel gerügt: 28 verschiedene Personen haben allerlei Rassen und Rassen zu verwalten; die Aufbewahrung der Wertpapiere ist durchaus mangelhaft; die Buchführung ist ohne Uebersichtlichkeit, eine Menge von Differenzen wurde festgestellt; auch hier fanden sich Raderungen in den Büchern. Neuzugänge des Büromaterials sind sehr selten, Schreibmaschinen sind in ungenügender Anzahl vorhanden, Heftmaschinen fehlen ganz, Stempel und Formulare werden zu wenig angewandt, die vorbandenen Wervielzählungsapparate sind veraltet. Den Berichten sind viele Reformvorschlüsse beigegeben. — Die 14 Mann starke sozialdemokr. Fraktion wird mit aller Energie den alten Schandrian zu beseitigen suchen, selbst wenn der gesamte Gemeindevorstand dabei ins Stolpern kommt. — Der Gemeindevorstand beschloß am Montag, seine Bemerkungen zu den Revisionsberichten öffentlich durch die Presse bekanntgeben zu wollen.

Kommunalkonflikt in Griesheim bei Frankfurt am Main entfielen von 1114 abgegebenen Stimmen 607 auf die sozialdemokratischen Kandidaten, die demnach gegen die Farbwerkspartei siegen.

Die Vetterwirtschaft vor Gericht. In Friedrichsthal (Saar) hatte der Steiger Schwarz als Gemeinderatsmitglied in einer Gemeinderatsitzung kritisiert, daß der Gemeindevorstand als Schwelgerlohn eines von der Stadt beschäftigten Unternehmers dessen städtische Arbeiten übernahm, und dabei die Interessen der Gemeinde nicht wahrnehmen könne. Der Bürgermeister und der Baumeister fühlten sich beleidigt und stellten Strafantrag. Außerdem wurde gegen Schwarz bei der königlichen Bergwerksdirektion ein Verfahren anhängig gemacht. Das Schöffengericht in Friedrichsthal sprach den unliebsamen Kritiker frei, da es nicht nur das Recht, sondern die Pflicht jedes Gemeindevertreters sei, solche Zustände mit aller Schärfe zu kritisieren.

Aus dem Gerichtssaal.

Von der Gefinbestlaverie. Ist in Preußen Deutschland die Leibelgenenschaft wirklich aufgehoben? Man muß diese Frage verneinen, wenn man der an die schlimmsten Zeiten des Mittelalters gemahnenden gesetzlichen Bestimmungen gedenkt, die das Verhältnis des ländlichen Gesindes zum „Dienstherren“ regeln. Die ganze Rückständigkeit und Gemeingefährlichkeit, der die ländlichen Diensthöfen betreffende Polizei- und Landesgesetze wurde erst kürzlich wieder offenbart durch einen Fall, der sich im Junterparadiese Ostpreußen abgespielt hat. Das 18 Jahre alte Dienstmädchen Marie W. stand im Jahre 1911 bei dem Besitzer Kliment in Ulschpurwen, Kreis Memel, im Dienst. Weil das Mädchen sich hier sehr schlecht behandelt fühlte und glaubte, es dort nicht mehr länger aushalten zu können, verließ es am 31. März 1911 gegen den Willen des Arbeitgebers den Dienst, der erst am 1. Oktober beendet sein sollte. Der Besitzer beantragte nun bei dem Amtsvorsteher die polizeiliche Zurückführung des Mädchens in den Dienst auf Grund der Gesetze in der Ordnung. Gleichzeitig beantragte er die gerichtliche Bestrafung wegen Übertretung des Gesetzes vom 24. April 1854. Vom Amtsvorsteher erhielt das Mädchen dann einen Strafbefehl über 5 Mk. Dann folgten in kurzen Zwischenräumen weitere Straffestellungen gleichzeitig mit der Aufforderung, den Dienst bei dem Besitzer nunmehr innerhalb 24 Stunden anzutreten, widrigenfalls weitere und höhere Strafen festgesetzt werden würden. Im August hatten die festgesetzten Strafen eine Höhe von 40 Mk. erreicht. Mit seiner Beschwerde an den Landrat wurde das Mädchen abgewiesen, weil nach den bei dem Besitzer K. angestellten Ermittlungen eine schlechte Behandlung nicht stattgefunden habe und daher ein Grund zur Ablösung des Dienstverhältnisses nicht vorlag. Inzwischen hatte nun auch die Schöffengerichtsverhandlung am 11. Mai in Preßlau wegen der Übertretung des Gesetzes von 1854 stattgefunden. Das Urteil lautete aber nur auf einen Bernerz, weil das Gericht den Fall als einen besonders leichten bezeichnete. Polizeilichersits nahm das Verhängnis aber seinen weiteren Fortgang. Bis zum 1. Oktober waren die Zwangsstrafen bis auf 180 Mk. gestiegen! Dazu kamen 290 Mk. Porto, insgesamt also 162,90 Mark. Natürlich konnte das Mädchen diesen Betrag nicht bezahlen und nun wurde es dafür 40 Tage in das Dorfgefängnis gesperrt. (11) Als diese Strafe verübt war, wurde das Mädchen aber auch noch in seinem neuen Dienst verfolgt. Es sollte nun auch noch 48 Mk. für die Gefängnislohn bezahlen und wird im Weigerungsfalle bedroht, den Lohn bei dem neuen Dienstherrn mit Beschlag zu legen. An sich mag es ja sehr schön und wünschenswert sein, wenn die Polizei darauf bedacht ist, das gesetzlich festgelegte Recht eines Menschen zu schützen. Nur können wir uns leider nicht erinnern, daß die Polizei denselben schönen Eifer entfaltet, wenn es sich um einen ländlichen Arbeiter handelt, der „seiner“ Diensthöfen mit Prügeln traktiert hat. Da kommt es gar nicht zu selten vor, daß der Geprügelte mit seiner Beschwerde einfach abgewiesen wird. Und angefaßt solcher Verhältnisse wundern sich die Junker und Juntergenossen noch über die ständig zunehmende Landflucht!

Eine feine Familie. Eine rohe Tat hatte vor dem Schöffengericht in Chemnitz der Oberpostsekretär und Stadtvorordnete Emil Seidel zu führen. Am Abend des 11. November hatte S. in seinem Hause der 16 Jahre alten Kettlerin K. eine Anzahl Schläge mit seinem Spazierstock auf den Rücken und den rechten Oberarm und mit der Faust einen Schlag ins Gesicht verübt; auch hatte er sie mit dem Ausdruck „Du Wanst!“ beleidigt. Der Antrag der Schlägerin war folgender: Der sechzehnjährige Sohn Seidels ist gegen die K. unanständig geworden; unter andern hat er dem Mädchen auch Gummiartikel zeigen wollen. Die K. hat sich aber abgewendet, hat auch sonstige Ausdrücklichkeiten, die sich der junge S. erlauben wollte, ernstlich zurückgewiesen. Dann erdreistete sich der junge Mann

